

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Stz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfsklasse Nr. 2 in Hamburg).

Er erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 9.

Hamburg, den 3. März 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Die Zentralisation des Kapitals und die Gewerkschaften. — Fleiß und Sparsamkeit. — Berichte. — Sozialpolitisches. — Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Vermischtes. — Eingeladent. — Literarisches. — Briefkasten der Redaktion. Versammlungsanzeigen. — Anzeigen. — Verkehrslokale.

Lohnbewegung.

Der Zuzug ist fernzuhalten in Bremen vom Platz Raftens, in Lehe-Geeftemünde vom Platz Förster, Cordes und Soenderop, von Star-gard i. Pommern, in Solingen von den Plätzen Schwickerath und Herder, in Wilhelms-burg vom Platz Bendthaaft, in Wolfenbüttel vom Platz Vinder.

Mitglieder!

Vergeßt nicht unsere Arbeitslosenstatistik.

Achtung!

Es sind angeblich folgende Reiselegitimationen und Verbandsbücher gestohlen worden: Nr. 7257, P. Gerhardt. — Nr. 8395, A. Hoffmann. — Nr. 8432, C. Frenzel.

Die Auszahler der Wanderunterstützung werden ersucht, auf diese Nummern keine Unterstützung auszusuchen. Die Bücher aber bitten wir anzuhalten und an uns einzusenden.

Der Verbands-Vorstand.

Bekanntmachung.

Die Auszahler der Wanderunterstützung werden nochmals besonders auf den § 6 Abs. 5 des Verbands-Statuts hingewiesen, nach welchem das Geschenk in einem und demselben Lokalverband innerhalb 4 Monate nur einmal erhoben werden darf.

Nachfolgende Mitglieder werden ersucht, ihr Verbandsbuch sowie auch ihre Reiselegitimation zwecks Kontrolle an uns einzusenden:

M. Schwell, Nr. 4956. — Chr. Müller, Nr. 9158. — Fr. Zanger, Nr. 9162. — S. Gehrt, Nr. 10507. — S. Fürst, Nr. 10872. — R. Keimling, Nr. 11002. — Th. Baumann, Nr. 37373.

Alle Auszahler der Wanderunterstützung ersuchen wir, an obengenannte Mitglieder keine Unterstützung auszusuchen.

Die Namen und Nummern derjenigen Mitglieder, welche in den vorhergehenden Nummern des „Zimmerer“ veröffentlicht sind und jetzt nicht mehr bekannt gegeben werden, sind als geregelt zu betrachten. Es haben dieselben mithin Anspruch auf die Wanderunterstützung.

Der Verbands-Vorstand.

Die Zentralisation des Kapitals und die Gewerkschaften.

(Aus einem längeren Artikel von Karl Kautsky, der „Neuen Zeit“ entnommen.)

I.

Zunächst müssen wir uns gegen den Satz L. von Stein's wenden, daß die Kapitalisten

schließlich stärker sein müßten, als die Arbeiter, weil diese nur ihre Arbeitskraft besäßen, jene aber Kapital und Arbeitskraft. Das konnte man von einem Handwerksmeister sagen, aber nicht von einem modernen Fabrikanten. Wenn dessen Arbeiter streiken, kann er durch seine eigene Arbeitskraft den Betrieb auch nicht eine Minute länger fortführen. Dazu ist ein solcher Betrieb denn doch zu gewaltig. Nein, auf der Seite des Fabrikanten ist nur das Kapital, und die gesammte Arbeitskraft ist auf der anderen Seite. Der Ausspruch v. Stein's mag sehr geistreich sein, richtig ist er nicht.

Unteruchen wir nun, wie die Kartellierung oder, allgemeiner gesagt, die Zentralisation des Kapitals auf die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter wirken wird. Die Verständigung der Kapitalisten jedes Industriezweiges untereinander wird immer leichter, je mehr die Zentralisation des Kapitals fortschreitet. Die Kartelle heben die Konkurrenz unter ihnen nach den meisten Richtungen hin obllig auf. Das ist sicher für die Kämpfe der Arbeiter mit den Kapitalisten nicht bedeutungslos, aber man muß sich hüten, diesem Punkt übertriebene Bedeutung zuzumessen. Die Hauptwirkung der Kartelle liegt namentlich in der Aufhebung der Konkurrenz unter den Kapitalisten den Konsumenten gegenüber. Den Arbeitern gegenüber haben sich die Unternehmer stets leicht verständigt. Das wußte schon der alte Adam Smith.* Würde diese Verständigung der Kapitalisten untereinander jeden Widerstand der Arbeiter unmöglich machen, dann würden wir kaum je etwas von einem gewonnenen Streik gehört haben. Durch die Kartelle wird in dieser Beziehung nicht allzu viel geändert.

Man darf aber auch nicht etwa glauben, daß die gesammte Produktion binnen Kurzem in den Händen von Kartellen sein wird. Bisher ist die Kartellierung in der Regel nur in Industrien gegliückt, die eine Monopolstellung entweder von vornherein besäßen, wie z. B. viele Bergwerke, oder sie durch die ökonomische Entwicklung und staatliche Maßregeln — Schutzzölle, Steuergesetzgebung u. dgl. — erhalten haben.

In jenen Industriezweigen, die noch nicht zur Kartellierung gelangt sind, bewirkt aber die ökonomische Entwicklung nicht eine Abschwächung, sondern eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes: eine natürliche Folge der chronischen Ueberproduktion. Dies äußert sich wohl zumeist nur den Konsumenten gegenüber, führt aber mitunter sogar dazu, das natürliche, seit jeher bestehende Unternehmerkartell zur Niederhaltung der Arbeiter zu sprengen. Gerade jetzt, im Zeitalter der Kartelle, begegnen wir am häufigsten der Erscheinung, daß die Kapitalisten sich uneiniger zeigen, als die Arbeiter; indeß diese bei Streiks so oft trotz

* Die Herren (masters) sind geringer an Zahl, können sich daher viel leichter verbinden. . . Die Herren bilden seit jeher eine Art stiller, aber ständiger und gleichmäßiger Verbindung zu dem Zweck, ein Steigen der Löhne nicht zuzulassen. . . Wir hören selten von dieser Verbindung, weil sie der gewöhnliche, man kann sagen, der natürliche Zustand ist, von dem man nicht spricht.“ (Wealth of Nations, I, cap. 8)

Glend und Noth fest zusammenhalten bis auf den letzten Mann, weist fast jeder ausgebehntere Streik zahlreiche Deserteure aus den Reihen der Kapitalisten auf, welche die Arbeitsstockung benützen, um auf Kosten ihrer im Kampf stehenden Genossen Profite zu machen.

Aber es ist bekanntlich schon so weit gekommen, daß Fabrikanten die Arbeiter ersucht haben, zu streiken, weil dies das einzige Mittel sei, eine Einschränkung der Produktion herbeizuführen; sie selbst, die Fabrikanten, seien zu uneinig und trauten einander zu wenig, als daß sie durch ihr Vorgehen die gewünschte Wirkung erzielen könnten.

Man darf also den Einfluß der mit der ökonomischen Entwicklung zunehmenden Zentralisation des Kapitals auf das Zusammenschließen der Kapitalisten nicht überschätzen. Neben den auf Zusammenschluß hinwirkenden Tendenzen erzeugt sie auch solche, die in entgegengesetzter Richtung wirken und die unter Umständen so stark werden können, daß sie die ersteren aufheben.

Sogar die Kartelle selbst dienen nicht bloß dem Zusammenschluß der Kapitalisten. Sie dienen als Bindeglied, das einzelne derselben zusammenfaßt; gleichzeitig aber bilden sie auch einen Keil, der die Bourgeoisie spaltet.

Jedes Kartell stellt sich außerhalb des Betriebes der freien Konkurrenz, damit aber auch außerhalb der Solidarität der bürgerlichen Interessen. Denn diese beruht auf der Freiheit der Konkurrenz, auf der Möglichkeit, die jedem Besitzenden (wenigstens ideell) gegeben ist, sein Vermögen in jener Industrie anzulegen, wo es den meisten Profit verspricht; auf der Möglichkeit, an jedem Ausnahmeprofit dadurch theilzunehmen, daß man sich auf das Industriegebiet wirft, welches ihn liefert, und auf der Möglichkeit, ihn dadurch schließlich auch wieder auf das Durchschnittsniveau des Profits zu senken. Das Klasseninteresse des Kapitals duldet kein Privilegium, kein Monopol innerhalb der Kapitalistenklasse. Jedes Kartell bildet aber ein solches Monopol, ein solches Privilegium. Es grenzt ein bestimmtes Gebiet industrieller Thätigkeit als ausschließliches Privateigenthum einiger Wenigen ab, zu welchem der ganzen übrigen Kapitalistenklasse der Eintritt verwehrt wird, und läßt dort die verlockendsten goldenen Äpfel hoher Extraprofite gedeihen, indeß gleichzeitig die Holzäpfel des Durchschnittsprofits, welche außerhalb des eingegegneten Industriegebietes wachsen, immer spärlicher und saurer werden. Das ist ein Zustand, der jedes ehrliche Kapitalistenherz revoltiren muß. Nicht in proletarischen, sondern in bürgerlichen Kreisen ist die Entrüstung über die Trusts und Kartelle am lebhaftesten laut geworden.

Bricht in einer derartig zu einem Privatmonopol gewordenen Industrie ein Kampf zwischen den Unternehmern und Arbeitern aus, dann kann unter Umständen das bürgerliche Publikum durch seine Gegnerschaft gegen das Monopol so weit getrieben werden, daß es seine Gegnerschaft gegen die Arbeiterklasse für einen Moment vergißt und mit den Arbeitern sympathisirt.

Am ehesten wird das natürlich bei Monopolen vorkommen, welche die große Masse des bürger-

lichen Publikums als Konsumenten ausbeuten, jene Masse von „Kopfarbeitern“ wie Advokaten, Aerzten, Lehrern, Beamten, dann auch von Zwischenhändlern u. c., die durch ihren Besitz oder mindestens durch ihre Aspirationen und gesellschaftliche Beziehungen zur Bourgeoisie gehören, aber an der industriellen Ausbeutung direkt nicht oder nur wenig interessiert sind. Die Theilnahme dieser Elemente kann unter Umständen so stark werden, daß sie den Sieg zu Gunsten der Arbeiter entscheidet. Mächtig wirkte sie 1889 in den großen Londoner Streiks der Docker, Gasarbeiter, Pferdebahnbediensteten u. c. Wie sie im letzten großen englischen Kohlengräberstreik wirkte, darauf ist erst kürzlich in diesen Blättern von Bernstein hingewiesen worden. Die kontinentale Bourgeoisie ist schäbiger und feiger, als die englische. Aber auch sie hat mitunter Sympathien für streikende Arbeiter an den Tag gelegt, wenn es einem Monopol galt, welches das ganze Publikum ausbeutete. Wir erinnern z. B. an den Streik der Wiener Pferdebahnbediensteten von 1889. In der bürgerlichen Presse kommen diese Sympathien nur unvollkommen zum Ausdruck, weil sie von den Monopolisten leicht gekauft wird. Nur wer in den betreffenden Bevölkerungsschichten verkehrt, kann ihre Stimmung genügend beurtheilen.

Wenn also das Monopol — und das Kartell ist nur eine besondere Form des Monopols — dahin wirkt, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter zu verringern, so erzeugt es auch wieder Tendenzen, die unter Umständen geeignet sind, sie zu stärken.

Es ist aber ferner in Betracht zu ziehen, daß die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander nur einer der Faktoren und keineswegs der wichtigste ist, welche die ökonomische Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse bestimmen. Neben der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander kommen namentlich in Betracht das Verwerthungsbedürfnis des Kapitals und die Verhältnisse, die innerhalb der Arbeiterklasse herrschen.

Wie steht es mit dem Verwerthungsbedürfnis des Kapitals?

Je mehr die Konzentration des Kapitals fortschreitet, desto größer wird, im Verhältniß zur Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Masse des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals (Baulichkeiten, Maschinen, Rohmaterial u. c.). Jede Einstellung des Betriebes entwerthet dieses Kapital und zwar um so mehr, je länger die Arbeitseinstellung dauert. In einem Unternehmen, in dem relativ viel konstantes Kapital angelegt ist, bedeutet jede Betriebsunterbrechung nicht nur einen Gewinnverlust, sondern einen erheblichen positiven Schaden für den Kapitalisten. Dazu kommt ein anderer Umstand: die Abgaben, die der Unternehmer von seinem Mehrwerth abzugeben hat — Steuern, Grundrenten, Zinsen für geborgtes Kapital usw. — müssen von ihm gezahlt werden, mag sein Betrieb im Gang sein und Mehrwerth schlucken oder nicht. Auch das drängt ihn, von jeder BetriebsEinstellung möglichst abzusehen. Diese Abgaben haben aber im Allgemeinen die Tendenz, zu wachsen und daher das Verwerthungsbedürfnis des industriellen Kapitals zu steigern. Alle diese Umstände tragen wesentlich mit bei, den Drang nach Ueberproduktion zu fördern; sie wirken aber auch dahin, jeden ungelegenen Streik immer verlustvoller für den Kapitalisten und diesen immer geneigter zu machen, einem Streik, der ihn im Einsacken von Mehrwerth auch nur um Wochen oder Tage hindern könnte, durch Konzessionen vorzubeugen oder ihn dadurch möglichst rasch zu beenden.

Auf der anderen Seite ist freilich auch dafür gesorgt, daß die Bäume für die Arbeiter nicht in den Himmel wachsen. Das Verwerthungsbedürfnis eines bestimmten Kapitals ist nicht immer gleich groß. Bei ungünstigem Geschäftsgang kann der Schaden, den das Fortarbeiten für ein Unternehmen verursacht, weit größer werden, als der Schaden, den die Arbeitseinstellung bewirkt. Eine solche kann dann als das kleinere Uebel den Kapitalisten oft willkommen

sein. Gar mancher Streik ist von ihnen absichtlich provoziert worden.

Bei absteigendem Geschäftsgang wird unter solchen Umständen die beste Organisation und geschickteste Führung der Arbeiter nicht im Stande sein, dem Kapital Konzessionen abzurufen. Oft werden sie nicht einmal hindern können, daß das früher Errungene ganz oder zum Theil wieder verloren geht.

Nun befindet sich aber die kapitalistische Gesellschaft bereits in einem Zustande chronischer Ueberproduktion. Und diejenigen, welche annehmen, die gewerkschaftliche Bewegung sei fortan zur Unfruchtbarkeit verurtheilt, sehen denn auch einen der Hauptgründe dafür neben der wachsenden Zentralisation des Kapitals in der Ausbreitung der chronischen Ueberproduktion. Indeß steht die Sache nicht so schlimm, wie sie aussieht. Die chronische Ueberproduktion ist nicht so aufzufassen, als wenn fortan, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, immer der gleiche Zustand von Geschäftslosigkeit herrschen würde. Das widerspricht völlig dem Charakter dieser Produktionsweise. Nach wie vor bewegt sich das Geschäftsleben im Zyklus von Belebung, flotterem Geschäftsgang, Zusammenbruch, Hinsiechen und Wiederbelebung; der Unterschied gegen früher ist nur der, daß die Zeiträume des Siechthums immer länger werden, die Wiederbelebung immer schwerer und langsamer, die Zeiten des flotten Geschäftsganges immer kürzer, der Gewinn daraus immer unsicherer, der Zusammenbruch immer verheerender. Aber gerade je mehr das der Fall ist, desto sorgfamer muß der Unternehmer darauf achten, daß die Zeit der günstigen Konjunktur, die immer präferirter, deren Ausnützung aber immer nothwendiger wird, nicht durch Streiks verloren geht. Je mehr die chronische Ueberproduktion sich ausdehnt, um so härter trifft den Unternehmer jeder Streik in der Zeit des kümmerlichen Aufschwungs, der sich hier und da noch bemerkbar macht, desto eher ist er in einer solchen Zeit zu Konzessionen geneigt.

Die chronische Ueberproduktion macht also das Streiken nicht aussichtslos, sie bewirkt bloß, daß die Anforderungen an die beruflichen Organisationen der Arbeiter und an ihre Führer wachsen. Es wird jetzt immer nothwendiger, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, diesen aber dann raschest auszunützen; die Ausdauer, Geduld und Disziplin der Massen, ihre Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Straffheit ihrer Organisationen müssen in demselben Maße zunehmen, in dem die chronische Ueberproduktion sich entwickelt, soll ihre Widerstandsfähigkeit durch diese nicht geschädigt werden.

Hier sind wir bei dem wichtigsten Faktor angelangt, der über die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse entscheidet, bei dieser selbst.

Wenn man bloß die Veränderungen auf Seiten des Kapitals in Erwägung zieht, dagegen die Arbeiterklasse als eine stets auf gleichem Niveau sich befindende Bevölkerungsschicht betrachtet, dann freilich kann man zur Ansicht kommen, daß die ökonomische Entwicklung — die Zentralisation des Kapitals und die chronische Ueberproduktion — die ökonomische Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft immer mehr verringert.

Aber wenn die eine Seite ununterbrochenen Veränderungen unterworfen ist, so auch die andere Seite. Wie auf der Seite des Kapitals finden wir auch auf Seiten der Arbeiterschaft, daß die ökonomische Entwicklung eine Reihe der verschiedensten, einander oft kreuzenden und hemmenden Tendenzen erzeugt, Tendenzen, welche das Proletariat herabdrücken und schwächen und solche, welche es heben und stärken. Näher können wir auf diesen Punkt natürlich nicht eingehen, das würde uns zu weit von unserem Thema abführen. Aber der Gegenstand erscheint uns doch zu wichtig, daß wir ihn nicht wenigstens noch mit einigen Bemerkungen streifen sollten.

Fleiß und Sparsamkeit.

Der Fleiß und die Sparsamkeit werden von den Verherrlichern der bürgerlichen Gesellschaft als die Kardinaltugenden gepriesen, die Derjenige besitzen müsse, der es zu Etwas bringen wolle, der Anspruch auf die Genüsse des Lebens erhebe. Alle die aufgehäuften Reichthümer werden als das Ergebnis eines unverwüsthlichen, nie erlahmenden Fleißes und einer bis an die Grenzen der Filzigkeit getriebenen Sparsamkeit der Besitzer hingestellt. Können diese Lobhudler noch einen Zeitgenossen aufweisen, der noch als „armer Handwerksbursche“ eingewandert ist und nachher durch ein Zusammentreffen verschiedener Glücks-umstände es zu „Etwas“ gebracht hat, dann wird ein solcher bei jeder Gelegenheit als Paradestück vorgeführt und den „schlemmenden und prassenden“ Arbeitern zur Nachachtung und Nachahmung empfohlen.

Wie bekanntlich Napoleon behauptet haben soll, es trage ein jeder Soldat den Marschallstab in dem Tornister, ebenso stellen die Goldknappen des Kapitalismus die Behauptung auf, jeder fleißige und sparsame Arbeiter könne es zum Unternehmer, wenn nicht gar zum Großbourgeois bringen. Diese alberne, banale Phrase ist eigentlich zu dumm, als daß man sich mit ihrer Zurückweisung lange aufhalten sollte. Die jetzigen Inhaber der Großproduktion als Muster des Fleißes und der Sparsamkeit hinstellen zu wollen, ist geradezu dummkreist. Dieselben werden meistens von der kaufmännischen und technischen Leitung des Betriebes, jeder Bethätigung des Fleißes seitens ihrer Angestellten enthoben. Für angemessene Bezahlung lassen sie ihre Angestellten für sich denken, Projekte ausarbeiten, spekuliren, Arbeiter drangsaliren, Lohnabzüge machen, wenn nur das Eine erreicht wird, am Jahreschlusse über reichen Gewinn verfügen zu können. Sa es ist sogar gewagt, heute noch von einer angemessenen Bezahlung der für den Unternehmer denkenden und spekulirenden Angestellten zu reden. Auch ihrer sind bereits so viele wie Sand am Meere, auch sie unterbieten sich, nehmen sich das Brot vor dem Munde weg.

Wie mit dem Fleiß, so ist es auch mit der Sparsamkeit der Unternehmer bestellt. Die aufgehäuften Reichthümer als das Produkt der Sparsamkeit und Enthaltbarkeit bezeichnen zu wollen, dazu gehört ein großer Grad von Unverfrorenheit. Man wollte den Arbeitern vorreden, die in den Händen Weniger befindlichen Reichthümer seien doch mindestens das Produkt ihrer Sparsamkeit, wenn man das Märchen von dem Fleiß nicht aufrecht erhalten konnte. Gewiß, wir wären die Letzten, die leugnen wollen, nach bürgerlichen Begriffen steht jedem Unternehmer frei, den aus den Arbeitern herausgepreßten Gewinn nach Belieben zu verwenden, ihn zu verzehren, verschleudern, vergeuden oder auch aufbewahren. Letzteres nennen die Herren dann sparen. Wir erdreisten uns aber, auch die Einwendung zu machen, daß die, welche Reichthümer auf Reichthümer häufen und sich zum Beherrscher weiter Arbeitsgebiete aufwerfen, garnicht im Stande sind, die für sie herausspringenden Profite zu verbrauchen, es sei denn, sie müßten dieselben in einer wahnsinnigen Anwandlung der Vernichtung preisgeben. Mit der Sparsamkeit des Unternehmertums ist es daher ebenso windig bestellt, als wie mit dem Fleiß desselben. Die Unternehmer in dieser Beziehung den Arbeitern als Vorbild zu empfehlen, ist mehr wie absurd, es ist Unsinn. Den Arbeitern, die unter dem Drucke der kapitalistischen Entwicklung stehen, überhaupt nur rathen zu wollen, hübsch fleißig und sparsam zu sein, ist pure Heuchelei, die zur Verhöhnung ausartet, wenn die Bemerkung noch daran geknüpft ist, dann werde er es zu Etwas bringen.

Für den Arbeiter ist das Sparen eine absolute Unmöglichkeit. Wie soll es ein Arbeiter anfangen, zu sparen, wenn er als Lohn der angestrengtesten und bis zur täglichen Erschöpfung gesteigerten Arbeitsleistung nur den dürftigsten Lebensunterhalt zu erwerben vermag? Kann

man der Arbeiterklasse den Vorwurf machen, sie lebe in Saug und Braus? Sie verprasse und verjubele ihren Verdienst?

Zwar hat man seitens der bürgerlichen Zeilenreißer den Versuch gemacht, die Veranstaltungen der Unterhaltungen und Feste der Arbeiter diesbezüglich zu fruchtifizieren. Doch mit ebenförmig Geschick als wie Glück; die von Arbeitern veranstalteten Feste sind mit so geringen Unkosten verknüpft, daß auch der geringste daran Theil nehmen kann. Zu diesem Zweck werden sie ja eben veranstaltet. Jeder andere sonntägliche Ausgang würde ihnen unter Umständen kostspieliger zu stehen kommen. Wo soll der Arbeiter, dem jede Lebensfreude vergällt wird (denn die Arbeit gewährt ihm keine Freude mehr, muß er doch in täglicher Angst schweben, dieselbe verlieren zu können), den Lebensmuth noch hernehmen, wenn er nicht Gelegenheiten hätte, sich mit seinen Leidensgenossen auszudrücken — getheiltes Leid ist halbes Leid — und dann nach gethaner Aussprache auf etliche Stunden des Lebens Sorge und Plage in die Vergessenheit zu senken, um in gegenseitiger Aufheiterung neuen Muth zur Ertragung weiterer Unbill zu sammeln?

Wenn sich der Arbeiter etwas erspart, so darbt er sich solches am Munde ab. Es ist das Ersparnis in des Wortes verwegener Bedeutung Entbehrungslohn. Und hat er sich einen Nothgroschen zusammengehungert, so tritt hier oder dort ein Schicksalschlag ein, Krankheit oder, was noch schlimmer ist, Arbeitslosigkeit. Alle Hoffnungen, alle Pläne, die auf den Nothgroschen gesetzt waren, fallen jäh über den Haufen, sind zerstört für immer. Denn der Schicksalschlag hat nicht nur den Nothgroschen weggeführt, sondern Schulden gezogen, deren Spur noch nach Jahr und Tag an dem Hausstand des Arbeiters wahrzunehmen ist. Bleibe man uns mit der Einwendung vom Leibe, wir malten zu schwarz. Wir wünschten, es wäre dem so. Leider sind die geschilderten Vorgänge im Lebenslauf des Arbeiters keine hier und da sporadisch auftretenden Erscheinungen, sondern sie bilden leider die Regel.

Und da glaubt die bürgerliche Gesellschaft noch, einen Appell an das Ehr- und Pflichtgefühl der Arbeiter richten zu müssen, es läge nur an ihnen selbst, wenn sie nicht in die Unternehmungsklassen aufrückten; sie sollten nur hübsch fleißig sein und sparen? Der Fleiß des Arbeiters vermehrt den Reichtum des Kapitalisten. Das Sparen kostet dem Arbeiter Gesundheit und Lebensdauer. Wahrlich, die Goldschreiber des Kapitals wissen, was sie thun, wenn sie dem Arbeiter empfehlen, sei fleißig und spare, dann wirst du es zu Etwas bringen.

Berichte.

Altenburg. (Berichtigung.) Zu dem Bericht in voriger Nummer wird uns nachträglich geschrieben, daß der erwähnte Mastenball nicht vom Gewerkschaftskartell, sondern „unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerbundes vom Schießhaus-Wirth“ veranstaltet worden ist, die Wirkung war natürlich dieselbe. Auch habe die Zimmererverversammlung aus eigener Initiative über die Maifeier beschlossen; das Kartell werde erst nachdem Stellung nehmen, wenn sich alle Gewerkschaftsorganisationen damit befaßt hätten. Am Schluß des Berichts soll es nicht „interessante“, sondern „interessante“ Versammlung heißen.

Barth i. B. Am 18. d. Mts. fand hier eine Zimmererverammlung statt, in welcher Kamerad Holz aus Straßund einen Vortrag über die Lage im Zimmergewerbe hielt. Derselbe führte aus, daß der Kampf um den Arbeitstag so alt sei, wie die Lohnarbeit selbst. Um die Zeit der Entstehung der Zünfte finden wir schon Kämpfe zwischen Meistern und Gesellen um die Arbeitszeit, damals weniger um die Arbeitszeit während des Tages, als um die Zahl der Arbeitstage im Jahr. Die handwerksmäßige Produktion beruhte ausschließlich auf der Handfertigkeit des Arbeiters, wogegen heute infolge des Maschinenwesens die Fertigkeit nicht in einer langen Lehrzeit erworben zu werden braucht. Erst seit der Einführung der Maschinen ist die Masse der Arbeiter für die Industrie verwendbar. Auf der anderen Seite wird die Maschine zum mächtigsten Hebel, die Massen des Proletariats noch weiter anschwellen zu lassen. Die Industrie bereitet den Handwerkern eine verderbliche Konkurrenz, sie schafft immer wieder neue Schaaeren Arbeitsloser, die auf dem Arbeitsmarkt ihre Arbeitskraft feilbieten. Den Folgen dieses Übels könne der Einzelne nicht entgegenreten, wir müßten uns, wenn wir besseren

Lohn und Arbeitsbedingungen erzielen wollten, dem Verband der deutschen Zimmerer anschließen. Eine framme Organisation sei im Stande, uns von dem gänzlichen Untergang zu retten. Verkürzung der Arbeitszeit sei das einzige Mittel, die Reservearmee zu verringern. Redner empfahl den Anschluß an den Verband; zehn Kameraden schlossen sich sofort an und versprachen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß alle Zimmerer von Barth dem Verbande beitreten. Sodann wurde die Vorstandswahl vorgenommen und Kamerad S o l d m a n n zum 1. Vorsitzenden, H o r s t zum 2. Vorsitzenden, A l f r e d E r i c h zum Kassierer, G h l e r t zum 1. Schriftführer, S ü b n e r und B l a u d o w zu Revisoren gewählt.

Charlottenburg. Am 7. d. Mts. tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Krause mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da der Referent noch nicht erschienen war, ging man zum letzten Punkt: „Verschiedenes“ über. Hierzu machten einige Kameraden auf verschiedene Uebelstände im Zimmergewerbe aufmerksam, welche sich in Berlin und Umgegend immer mehr bemerkbar machten. Inzwischen war der Referent erschienen und erhielt selbiger nun zu seinem Vortrage: „Alte und neue Moral“ das Wort. Redner leitete seinen Vortrag mit den Worten von Adolf Ernst ein: „Alles ist wandelbar und Wandel fließt, die Natur aber in ihrer Form ist die Unvergänglichkeit der heutigen Wissenschaft.“ Ein unangenehmer Zwischenfall ereignete sich dadurch, daß einige Mitglieder fortwährend dazwischen riefen und nach Unberücksichtigung der Aufforderung des Vorsitzenden entfernt werden mußten. Der Referent kritisierte die heutige Wirtschaftsweise vom logischen Gesichtspunkte aus, beleuchtete die Stellung der Frau, wie sie heute vorhanden und wie sie sein sollte. Letzterer führte sodann noch einige Aussprüche verschiedener Schriftsteller an, wonach 11 1/2 Uhr Schluß der Versammlung erfolgte.

Danzig. Am 20. Februar fand im Vereinslokale Breitegasse 42 eine öffentliche Zimmererverammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Neuwahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell. 2. Unsere Lohnfrage. 3. Verschiedenes. Der Delegierte, Kamerad Sellin, erhielt zuerst das Wort, um Zweck und Nutzen des Gewerkschaftskartells klar zu legen. Selbiger entledigte sich seiner Aufgabe in kurzen Worten zur Zufriedenheit der Anwesenden. Das Gewerkschaftskartell habe den Zweck, die gewerkschaftliche Organisation auf agitatorischem Wege zu fördern — so führte Sellin aus —, Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten und Lohnindifferenzen zc. zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schlichten und für die Rechte der Letzteren einzustehen. Würde das jede Korporation für sich thun, könnten dadurch leicht Maßregelungen entstehen, welche jetzt vermieden, da sich beim Kartell Vertreter verschiedener Gewerkschaften befinden. Ferner berichtete Sellin, das Kartell habe sich bemüht, ein Lokal als Zentralherberge mit Arbeitsnachweis zu erlangen. Der Erfolg sei jedoch durch den Einfluß gewisser Leute vereitelt. In Sachen eines Antrages der Köpfer, betreffs der Coaksfrage und Fensterverschluß, habe das Gewerkschaftskartell die weiteren Schritte gethan und würde nun der Bericht der Baupolizei erwartet. Betreffs zweier Anträge der Zimmerer, wegen Einschränkung des Submissionswesens und Uebernahme städtischer Arbeiten in eigener Regie und Abschaffung der Sonntagsarbeit, welche in letzter Zeit trotz der Arbeitslosigkeit Ueberhand nahm, sei die Untersuchung bereits eingeleitet und einige Kameraden von der Behörde vernommen. Hiermit war der Bericht beendet, und forderte Redner auf zum Anschluß an den Verband. Als Delegierten zum Gewerkschaftskartell wurden die Kameraden Kabitzki und Sellin einstimmig gewählt. Zum zweiten Punkt tabelte Kamerad Tokki den schleppenden Gang der diesjährigen Lohnverhandlung, es sähe so aus, als ob dieses mit Absicht geschehe, um die Sache in die Länge zu ziehen, wir wollten aber doch so bald als möglich Klarheit hierin haben, übrigens sei die Forderung ja bekannt, da Letztere schon vor drei Jahren eingebracht wurde; dieselbe wäre längst durchgebracht, wenn die Zimmerer Danzig's endlich aus ihrer Lethargie erwacht und sich nur angeschlossen hätten, denn Einigkeit macht stark und nur vereint können wir den Kampf mit dem Unternehmertum aufnehmen. Den Vertretern des Gewerkschaftsgerichts wurde anheim gegeben, für die Verbehalten der wöchentlichen Lohnzahlung einzutreten. Ferner dafür zu sorgen, daß zum Donnerstag, den 23. Februar, der Saal der Zimmererherberge zu einer öffentlichen Zimmererverammlung zur Verfügung stehe. Nachdem einige Aufnahme stattgefunden, erhielt Herr Jochem das Wort. Redner beleuchtete in treffenden Worten die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise und wies auf die Danziger Verhältnisse hin. In Noth und Glend sind die Arbeiter vertribtet auf eine bessere Zeit, d. h. auf die Abtragung der Wälle zc. Die Arbeit sei bis auf den letzten Augenblick verzögert worden und sei auch bis jetzt kein Nutzen für die Arbeiter Danzig's herausgekommen. Die Arbeiter müssen sich wieder in unverschämtester Weise ausbeuten lassen, weil die Abtragung an profitgierige Unternehmer vergeben ist, das haben wir an der letzten Arbeitseinstellung gesehen. Das heutige Uebel der Arbeitslosigkeit, Noth und Glend, sei nur in der kapitalistischen Produktionsweise zu suchen, dieser könne man nur einen Damm in Form einer starken Arbeiterorganisation entgegensetzen. Je mehr die Maschinentechnik fortschreitet, je umfangreicher wird die Arbeitslosigkeit und das Glend der arbeitenden Klasse. Der Ausspruch eines Philosophen vor mehreren hundert Jahren: „Wenn sich die Werkzeuge von selbst bewegen, ist die Menschheit befreit,“ hat sich nicht erfüllt. Die Statistik habe ergeben, daß die Sterblichkeit der Proletariatskinder sowie der Proletarier eine viel größere ist, als die der Kinder und Erwachsenen

der besitzenden Klasse. Trotzdem wird fleißig weiter ausgepreßt und am alten Ausbeutungssystem festgehalten. Die Arbeiter selbst hätten nicht den geringsten Antheil ihres Arbeitsertrages. Nachdem Herr Jochem noch das Einkommen des Geheimen Kommerzienraths Schickau von 1 1/2 Millionen mit dem seiner Arbeiter verglichen, forderte er auf zum Anschlusse an unseren Verband, denn daß mit einer starken Organisation etwas zu erreichen ist, haben die Gewerkschaften Englands bewiesen.

Erfurt. Am 15. Februar fand eine öffentliche Zimmererverammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die heutige wirtschaftliche Lage der Zimmerer Thüringens. 2. Zweck und Nutzen der Organisation der deutschen Zimmerer. Der Referent Herr Fuchs aus Gotha bezeichnet die Lage der Thüringer Zimmerer als eine herzlich schlechte. Dies habe seine Ursache keineswegs in der verminderten Bauhätigkeit, im Gegenteil sei in den letzten zehn Jahren die Letztere bedeutend gestiegen, wenn sie auch innerhalb der verfloffenen drei letzten Jahre wieder etwas abgenommen habe. Die Schuld an den im Baugewerbe herrschenden schlechten Arbeitsbedingungen sei vor Allem in heutigen Submissionswege zu suchen. Denn was sich die Unternehmer gegenseitig unterboten, muß der Arbeiter durch niedrige Löhne wieder beibringen. Damit der Profit des Arbeitgebers unter keinen Umständen geschmälert wird, muß der Arbeiter herhalten. Durch die Klassenhölle wird das von den Meistern so geliebte Denunziantenthum großgezogen. Kamerad Fuchs sprach sich des Näheren über den Zweck und Nutzen des Verbandes aus und forderte alle Anwesenden auf mitzuwirken, den Verband wieder zu heben. Die Koalitionsfreiheit sei nicht nur für die Arbeitgeber, sondern auch für die Arbeitnehmer vorhanden. Nachdem noch verschiedene Kameraden sich in demselben Sinne geäußert, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute, am 15. Februar, in der Gotthardt-Brauerei zu Erfurt tagende öffentliche Zimmererverammlung ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine einheitliche Organisation zu erstreben, damit es im Zimmerergewerbe endlich einmal besser wird. Ferner verpflichtet die Versammlung, die noch fernstehenden Kameraden zu erwecken, damit sie den alten Junktzopf ablegen und sich einer einheitlichen, mit allen Rechtsmitteln kämpfenden Organisation anschließen, um den immer häufiger auftretenden wirtschaftlichen Krisen Widerstand leisten zu können.“

Darauf folgte Schluß der Versammlung.

Hamburg. (Am Schluß des Versammlungsberichts in Nr. 6 d. B. wurde bereits angedeutet, daß sich der hiesige Lokalverband mit dem Flugblatt, daß der hiesige V o l a v o r s t a n d versandt hat, beschäftigte. Es haben, außer der Versammlung am 16. Januar, sich noch drei weitere Versammlungen damit beschäftigt. In der letzten derselben ist auch beschlossen worden, die Berichte hierüber zu veröffentlichen. Dieselben sind sehr umfangreich, und von dem hiesigen Schriftführer verfaßt. Wir geben dieselben an dieser Stelle wieder, ohne indessen irgendwelche Verantwortung dafür zu übernehmen, ob die Berichte nun auch Klarheit darüber schaffen, welcher Art die hier schwebenden Differenzen sind. Auch für die Art und Weise, wie hier berichtet wird, lehnen wir die Verantwortung ab. Die Redaktion.) In der Versammlung vom 16. Januar theilte der Vorsitzende mit, daß durch die fortgesetzten Angriffe auf den Lokalverband Hamburg, sowie auf einzelne Personen desselben von den auswärtigen Lokalverbänden durch die Berichte im „Zimmerer“ der Vorstand es für notwendig erachtet habe, diesem gegenüber durch ein Flugblatt Stellung zu nehmen, damit Aufklärung nach Auswärts geschehe und die Angriffe unterblieben. Er ersuchte auch, die Debatte so sachlich zu führen wie das Flugblatt geschrieben sei. Schrader, als erster Redner, bestritt dem Lokalverband das Recht, ohne vorheriges Fragen der Mitglieder überhaupt Flugblätter drucken zu lassen. Er nennt das Vorgehen des Vorstandes ein „jesuitisches“. Diejenigen, die das Flugblatt verfaßt hätten, mögen auch die Kosten dafür bezahlen. Der Inhalt des Flugblattes würde mit einer Kritik im „Zimmerer“ erscheinen, und nur dann erst würde man es auf seinen wahren Werth prüfen können. Der nächste Redner, Schnack, hält es nach den Ausführungen des Vorredners für notwendig, daß das Flugblatt gelesen werde. Gegen die Verlesung wendet sich Wirth. Der Vorschlag wird jedoch angenommen. Hierauf war das Benehmen Schrader's ein derartiges, daß er vom Vorsitzenden mehrmals zur Ordnung gerufen werden mußte. (Rufe: „Schmeißt ihn (Schrader) raus, wurden laut.) Nachdem die Ruhe wieder hergestellt, wird von Schnack zunächst das Flugblatt verlesen. In längeren Ausführungen geht Redner näher auf dasselbe ein, theilt außerdem die Gründe nochmals mit, die den Vorstand bewegen haben, in dieser Weise vorzugehen und äußert sich zum Schluß dahingehend, daß der Vorstand nur von der einen Triebfeder geleitet worden sei: Aufklärung nach Außen und Frieden nach Innen zu schaffen. Die folgenden Redner, Schäfer sowie Böttcher, stellten sich ganz auf Seiten des Lokalverbandes und finden es nur für Recht, daß in dieser Weise etwas geschehen ist, denn die fortwährenden Angriffe auf Hamburg seien nicht mehr schön zu nennen. Der letzte Redner bemerkte noch, daß man von Schrader als Verbandsvorsitzer hätte erwarten sollen, daß er die Sache nicht wieder von dem sachlichen auf das persönliche Gebiet hinüber geleitet hätte, denn das Auftreten Schrader's sei auf keinen Fall zum Frieden geneigt. Schrader ist der Meinung, daß dieses Flugblatt nicht die Streitigkeiten begraben werde, diese könnten nur abhören, wenn einzelne Personen beseitigt würden.

Börsberg bemerkte, wenn sich der Lokalvorstand mit diesem sachlich gehaltenen Inhalt des Flugblattes an die Redaktion des „Zimmerer“ gewandt hätte, dasselbe würde auf keinen Fall Aufnahme gefunden haben. Er selbst hätte jegliches Vertrauen zu unserer Presse verloren. Der Lokalvorstand hätte gehandelt, wie es die Mitglieder nur wünschen könnten, und stelle er den Antrag, das Vorgehen des Lokalvorstandes als gerechtfertigt anzuerkennen. Er theilte ferner noch mit, daß auf Denunziation irgend eines Spitzels hin er sowohl wie Groß von der betreffenden Sitzung des Hauptvorstandes ausgeschlossen seien; man habe sich überbringen lassen, daß sie an dem in Rede stehenden Flugblatt mitgearbeitet, Groß erkennt ebenfalls das Vorgehen des Lokalvorstandes als gerechtfertigt an. Die Unterchrift unter dem von Schrader gegen das Flugblatt versandten Zirkular, „Verbandsvorstand“, sei eine Fälschung. Er wünsche, daß vom Vorsitzenden eine Erklärung abgegeben würde, ob er und Börsberg an der Ausarbeitung des Flugblattes in irgend einer Form Theil genommen haben. (Der Vorsitzende erklärt, daß die genannten Personen hieran nicht den geringsten Antheil genommen hätten.) Wirth verurtheilt das Vorgehen des Lokalvorstandes und ist der Meinung, daß wohl andere Mittel angewendet gewesen seien. Peters stimmt dem Vorgehen des Lokalvorstandes zu. Das Flugblatt sei sachlich und sehr aufklärend. Ob es von unserem Redakteur ohne Gefälligkeiten aufgenommen worden wäre, sei sehr fraglich. Nochmals äußerten sich Schnad, Schrader und Börsberg. Letzterer wiederholt seinen Antrag und wurde derselbe mit 31 Stimmen angenommen. Einzelne Mitglieder riefen, daß sie nicht stimmen werden, die Sache solle in einer Extraversammlung nochmals auf die Tagesordnung. Schluß 12 Uhr.

— Außerordentliche Mitgliederversammlung am 23. Januar. Die Tagesordnung lautete: 1. Stellungnahme zu der Kritik des Verbandsvorstandes im „Zimmerer“ Nr. 3. 2. Wahl von Delegirten zum Gewerkschaftskartell. 3. Die Verberitung der Arbeitslosenstatistik. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. Zunächst wurde auf Antrag Friedrichs zum letzten Protokoll richtig gestellt, daß der angenommene Antrag Börsberg kurz vor Versammlungsschluß gestellt sei. Zur Tagesordnung selbst stellt Wirth zunächst den Antrag, vorerwähnten Antrag, welcher in voriger Versammlung angenommen worden sei, zu annulliren, weil der Schluß der Versammlung von wesentlichem Einfluß auf die Abstimmung für den Antrag selbst gewesen sei, aber auch keine Gegenabstimmung stattgefunden habe. Der Antrag wurde angenommen. Blumenthal gab die Erklärung ab, daß er für die Vertheidigung des Flugblattes nicht gewesen sei, und würde dasselbe, wenn er nicht im Lokalvorstande gewesen sei, in einem viel schärferen Ton abgefaßt worden sein. Demgegenüber wurde von Schnad angeführt, wenn Blumenthal auch gegen die Vertheidigung des Flugblattes gewesen sei, so habe doch derselbe ausdrücklich betont, daß er gegen den Inhalt desselben nichts einzuwenden habe. Auch bestritt er ganz entschieden, daß die Person Blumenthal's die Abfassung des Flugblattes beeinflusst hätte. Er erjuchte diejenigen Mitglieder, die dem Gange dieser Verhandlung in voriger Versammlung nicht beigewohnt hätten, sich der Stimme zu enthalten, oder aber es müßte die Debatte nochmals aufgenommen werden. Hierauf wurden vom Vorsitzenden nochmals die Gründe mitgetheilt, die dem Vorstand Veranlassung gaben, das Flugblatt abzufassen und zu verschicken. Friedrichs stellt den Antrag, für heute Abend einen unparteiischen Vorsitzenden zu wählen, welches jedoch abgelehnt wurde. Börsberg: Die Materie, die uns heute Abend nochmals beschäftigt, spielt sich speziell zwischen dem Haupt- und Lokalvorstand ab. Was ersteren anbelange, so könne er als Mitglied desselben versichern, daß dieses ganze Vorgehen, die Kritik im „Zimmerer“ sowohl, wie die Versendung der Zirkulare, nur von einzelnen Personen ausginge. Wirth ist der Ansicht, daß der Lokalvorstand in diesem Falle seine Befugnisse überschritten habe. Schrader hätte erwartet, daß von Seiten des Vorstandes auf die „Kritik“ eingegangen wäre. Die Mehrzahl der hiesigen Mitglieder würde wissen, worden sei; dies hätte den Hauptvorstand veranlaßt, Börsberg sowohl wie Groß von der Sitzung des Hauptvorstandes auszuschließen, weil man angenommen habe, die genannten Personen seien an dem Flugblattetheiligt. Groß verwarft sich ganz entschieden dagegen, daß er als Mitglied des Hauptvorstandes an dem Zirkular wie an der Sitzung, wo die Kritik beschloffen wurde, theilgenommen habe. An der Kritik sei das Nieberträchtige, daß der Kritiker selbst sage, es stände ja eigentlich nichts in dem Flugblatt, aber trahdem über dasselbe eine gehässige Kritik. Das Vorgehen des Lokalvorstandes könne er nur billigen. Auch Dreier erkennt das Vorgehen des Lokalvorstandes für richtig an. Wenn man immer noch den Eimsbütteler Antrag erwähne, so könne er versichern, daß die Meisten, die für den Antrag gestimmt, es aus dem Grunde gethan hätten, um einen Druck nach Oben hin in Bezug auf die Beitragsminderung auszuüben. Betreffs des Flugblattes sei er auch der Meinung, wenn sich der Lokalvorstand nochmals an die Versammlung gewandt hätte, daß auch dieses hintertrieben worden wäre. Redner geht jetzt ausführlich auf die Kritik selbst ein und äußert sich unter Anderem, daß es eine Unwahrheit in der Kritik sei, wenn darin behauptet würde, der Antrag Händel sei lange vorbereitet gewesen; er verurtheilte es ganz entschieden, daß man an einem sachlich geschriebenen Flugblatt noch Kritik übe. Redner kommt zu dem Schluß, daß wir mit einer solchen Kritik, wie sie sich im „Zimmerer“ Nr. 3 befindet, durchaus nicht einverstanden sein könnten. Jetzt ging folgender Antrag ein: „In Erwägung der vielen

unerquicklichen Vorkommnisse in unserer Organisation, besonders im Lokalverband Hamburg, die meines Erachtens von einzelnen Personen geradezu geschürt werden, in der Versammlung sowohl wie in der Presse (letzteres durch die Kritik des vom Lokalvorstand herausgegebenen so sachlich und wahrheitsgetreuen Flugblattes), die mit Vorliebe Janz züchten, erhebe ich hiermit zum Antrag, daß die drei hauptschuldigen Personen, Schrader, Müllerstein und Bringmann, vom Lokalverband Hamburg ausgeschlossen werden; denn dieses Kleeblatt gerade ist es, welches alle auftauchenden Meinungen, welche ihnen nicht passen, auf den Kopf stellen und somit Streit in unsere Reihen tragen. Peter Dalm.“ Römer: Der Hauptvorstand hätte nach den erhaltenen Informationen annehmen müssen, daß in dem Flugblatt etwas Gravirendes gegen den Verband enthalten sei. Nach seiner Meinung hätte der Lokalvorstand schweigen sollen. Er beantrage, daß das Vorgehen des Lokalvorstandes als nicht gerechtfertigt anerkannt werde. Börsberg erklärt sich nochmals für das Flugblatt. Er nennt die Kritik eine demagogische. Einzelne Leute arbeiteten systematisch darauf hin, Schnad aus dem Verbande zu vertreiben. Sicher sei aber, würde derselbe erst beseitigt sein, daß Andere bald folgen würden. Auch Kantin erkennt das Vorgehen des Lokalvorstandes als richtig an. Nur die leitenden Personen des Hauptvorstandes seien stets Schuld an den Streitigkeiten. Classen ist der Ansicht, daß der Lokalvorstand richtig gehandelt hat. Sie äußert sich in längeren Ausführungen abfällig über die Kritik des Hauptvorstandes. Hüsch nimmt in Bezug auf das in der Versammlung ausgegebene Zirkular den Hauptvorstand in Schutz, findet aber das Vorgehen des Hauptvorstandes in diesem Falle nicht für gerechtfertigt. Weidert sei ein Fehler gemacht worden. Er ist im Uebrigen dafür, daß die Kosten des Flugblattes vom Lokalverband gedeckt würden und wir uns brüderlich die Hand zum Frieden reichen. Rathmann äußert sich in demselben Sinne wie Hüsch. Händel verwarft sich dagegen, daß der seinerzeit von ihm gestellte Antrag vorher geplant sei. Böttcher ist der Meinung, daß es besser sei, wenn der Sitz des Hauptvorstandes außerhalb Hamburg sei. Nachdem noch Schnad die Gründe des Lokalvorstandes speziell klargelegt, da in dem betreffenden Versammlungsberichte nicht allein einzelne Personen, sondern der hiesige Lokalverband angegriffen sei, erjucht Redner die Mitglieder, nachdem doch die Sachlichkeit von Niemandem angezweifelt, das Vorgehen des Lokalvorstandes gutzuheißen. Classen stellt den Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmung über das Vorgehen des Lokalvorstandes. Schrader und Bringmann wenden sich hiergegen, Ersterer unter der Motivirung, daß er Beweise habe, daß Schnad sowie Börsberg seit einigen Jahren an der Untergrabung des Verbandes ununterbrochen gearbeitet hätten, daß aber auch Schnad den Verband habe der Polizei überliefert wollen, Letzterer, daß Schnad erst den Schlüssel gegeben habe, warum das Flugblatt ausgegeben. Der Antrag Classen wurde abgelehnt. — Hierauf Schluß der stark besuchten Versammlung.

— Fortsetzung der außerordentlichen Mitgliederversammlung (vom 23. Januar) des Lokalverbandes Hamburg, abgehalten am 30. Januar d. J. Ein Geschäftsordnungsantrag von Schnad, die Anschuldigungen wider ihn zuerst zur Erledigung zu bringen, wurde, nachdem Schrader dagegen gesprochen, angenommen. Von Luntz war folgender Antrag eingegangen: „Erjuchte Schrader, heute Abend feste Beweise zu erbringen, daß Schnad Polizei-Spion ist, daß Schnad eventuell ausgeschlossen werden kann. Kann Schrader nicht die Beweise dafür erbringen, erjuchte ich die Mitglieder, Schrader auszuschließen.“ Es erhält das Wort Schrader, der darauf hinweist, daß für den Hauptvorstand ein bedeutender Schwerpunkt in den in Deutschland bestehenden Vereinsgesetzen liege. Dieses sei auch Schnad unbedingt bekannt. Jedoch habe derselbe in einer von Polizeiorganen überwachten Versammlung erklärt, daß, wenn wir in Hamburg im Verband Politik treiben würden, man den Verband auflösen könne und Anderes mehr. Derjenige, welcher die diesbezüglichen Erklärungen, welche er (Redner) darauf gemacht habe, im Protokoll der letzten Versammlung nachschlage, würde finden, daß das von Schnad Angeführte nicht zuträfe, er sage aber, Schnad habe diese Aussagen abichtlich gemacht, um den Verband der Polizei zu überliefern. Er mache der Versammlung den Vorschlag, diese Angelegenheit dem hiesigen Gewerkschaftskartell, als unparteiischer Kommission, zur Regelung zu überweisen. Schnad führt aus, wenn Schrader in voriger Versammlung erklärt habe, er verdiene einen Vorwurf, daß er den Mitgliedern nicht schon früher die Anschuldigung, die er nunmehr gegen ihn erhoben, mitgetheilt hätte, er werde Beweise erbringen usw., so sei es doch wohl unmöglich, diesem Glauben zu schenken. Diese Aussagen seien nur dazu gemacht worden, um bei den Mitgliedern den Glauben zu erwecken, um die wider ihn erhobenen nichtswürdigen Verleumdungen erst auszusprechen. Schrader habe keine Beweise. Hätte derselbe solche gehabt, sei es dann wohl möglich, daß man seine Person noch so lange im Verbande geduldet hätte? Nimmermehr. Und mit Recht hätte er den Ausschluß verdient, wenn nicht die Beweise für derartige Beschuldigungen zu lahm seien. Hätten nicht Schrader, sowie Alle, speziell die Hamburger Delegirten, sofort die etwaigen weiteren Schritte veranlassen müssen? Nichts von alledem sei geschehen; weder eine Rüge noch ein sonstiger Vorwurf sei ihm über seine Äußerungen, welche er auf der letzten Generalversammlung gethan, gemacht worden. Was er dort gesagt habe, siehe zum Theil im Protokoll; es heiße dort: „Schnad-Hamburg glaubt, daß diese Befürchtungen doch nicht vorhanden seien; seiner Ansicht

nach würde in Hamburg häufig über politische Dinge gesprochen und mache uns da Niemand Schwierigkeiten.“ Auf dieses hin beschuldigte ihn Schrader in einer solchen ehrabwürdigenden Weise. Er habe keine Ausdrücke für eine solche niederträchtige Handlungsweise. Von dem Vorschlag Schrader's, diese Angelegenheit dem hiesigen Gewerkschaftskartell zu übergeben, rath Redner entschieden ab. Die Mitglieder sollten und könnten darüber entscheiden. Hüsch bestätigt im Wesentlichen das von Schnad Verlesene, erläutert, daß Letzterer jedoch auf der Generalversammlung auch gesagt habe, wenn man heute beikommen würde und wolle auflösen, daß man sammt und sonders auflösen könne. Luntz tritt für seinen Antrag ein, nicht, daß er damit bezwecken wolle, nur Mitglieder auszuschließen, sondern damit endlich einmal wieder Ruhe und Frieden eintrete. Noch mehrere Redner mißbilligen die Anschuldigungen von Seiten Schrader's gegen Schnad als geradezu unerhörte und nicht stichhaltige. Besonders wiesen Dreier und Peters die Anschuldigungen Schrader's auf's Schärfste zurück. Bringmann stimmt dem Vorschlag Schrader's zu, diese Streitfrage dem Gewerkschaftskartell oder einer engeren Kommission zur Erledigung zu übergeben. Müllerstein bedauert, daß über diese Angelegenheit hier berathen werden muß. Schnad hätte sich zügeln sollen und die Worte, welche er thatsächlich auf der Generalversammlung gebraucht habe, nicht brauchen sollen, nennt Schrader's Anschuldigung eine unüberlegte Handlungsweise; er wolle nicht so weit gehen, jedoch in Einzelheiten bezüglich Schnad's von früher, glaube er Dienste, welche der Spionage ähnlich seien, erblicken zu müssen. Bringmann stellt den Antrag auf Schluß in der Diskussion; Schrader und Schnad ist das Schlußwort zu erteilen. Dieses wurde angenommen. Hierauf äußern sich nochmals Schrader und Schnad. Groß erwähnt kurz, Schrader sei nicht im Stande gewesen, seine Anschuldigungen zu beweisen. Schnad habe klargelegt, daß die wider ihn erhobenen Beschuldigungen haltlos seien. Er beantrage, wer von den streitenden Personen wieder Streit in dieser Sache ansucht, mit dem ich kurzer Hand zu verfahren. Dies wird angenommen. Die Abstimmung darüber, ob Jemand Schnad als einen Polizeispion oder Spion anerkennt, ergab keine Stimme dafür. Für den Ausschluß Schrader's stimmten fünfundzwanzig Personen, dagegen eine große Majorität. Hüsch erklärt, von einem Vertrauensvotum für Schnad nimmere Abstand zu nehmen; wird angenommen. Ebenso für den Antrag Böttcher, bei etwaigen Streitigkeiten eine Kommission zu wählen. Ferner wurde der Antrag, die Wahl der Delegirten zum Kartell zuerst vorzunehmen, angenommen. Gewählt werden Schnad, Schrader und Rathmann. Nunmehr erfolgte Fortsetzung der Rednerliste bezüglich des ersten Punktes aus voriger Versammlung. Als erster Redner erhält das Wort Bringmann. Derselbe führt zunächst an, daß er am liebsten betreffs des Flugblattes gar nicht zu sprechen wünschte, da jedoch verschiedenerseits betont worden sei, wenn die Verfasser des Flugblattes sich auch an die Redaktion des „Zimmerer“ gewandt hätten, wäre dieses doch nicht so aufgenommen worden, so müsse er hierzu erklären, daß kein Versuch nach dieser Richtung unternommen worden sei. Er verweise etwaige Beschwerden an die Preßkommission. Daß der im Flugblatt erwähnte Antrag aus Eimsbüttel schon länger geplant sei, glaubt Redner damit zu begründen, daß er Beweise habe, daß ihm vor Jahren durch Schnad Adressen solcher Mitglieder zugegangen seien, welche eventuell für Lokalorganisation zu haben seien; unter denen befänden sich jegliche Mitglieder des Lokalverbandes. Schnad erwidert, er habe dem Vorredner weder Adressen, welche für Lokal- oder Zentralorganisation zu haben seien, gegeben. Er sei um Adressen gebeten, an welche das damalige Vereinsblatt geschickt werden könne, und habe dann ihm bekannte Adressen angegeben, unbekümmert darum, zu welcher Organisation sich dieselben bestimmen. Wirth erklärte nochmals, seine Zustimmung dem Flugblatt nicht geben zu können; wenn auch die Kosten wohl der Lokalverband trage, so wolle es die Versammlung doch nicht zu dem ihrigen machen. In ähnlichem Sinne wendet sich in längeren Ausführungen gegen dasselbe noch Müllerstein. Ein nunmehr von Händel gestellter Antrag, welcher lautet: Darüber abzustimmen, ob die Mitglieder mit dem vom Lokalvorstand herausgegebenen Flugblatt einverstanden sind, und die Kosten dafür zu bezahlen, gelangte zur Abstimmung. Diefelbe ergab 62 Stimmen dafür und 102 dagegen. Hierauf Schluß der Versammlung 12 Uhr.

— Mitgliederversammlung am 6. Februar. Zunächst wurde der Antrag Dalm zur Debatte gestellt. Dieser will die Mitglieder Müllerstein, Schrader und Bringmann vom Lokalverband Hamburg ausschließen. Hierauf erhält der Antragsteller das Wort. Derselbe beschästigte sich zunächst mit der Person Müllerstein's, der noch in voriger Versammlung den Brief, welchen Schnad nach Lübeck erwidert, so höhnisch verlesen, ohne der Vorgänge und Veranlassungen, welche Schnad dazu bewogen, Erwähnung zu thun; Bringmann, welcher immer einzelnen Personen des hiesigen Lokalverbandes seine größte Spitze biete, wodurch der Streit nie aufhöre; und Schrader, welcher Schnad solcher unbewiesenen Anschuldigungen verächtlich habe; dieses seien Schädigungen für den Lokalverband Hamburg; er halte seinen Antrag aufrecht. Nachdem noch Sie, Luntz und Bringmann zu der Sache gesprochen, wendet sich Schnad gegen die Ausführungen Bringmann's und Müllerstein's. Er verliest sodann einen längeren Artikel des „Vereinsblattes“ von 1889, überschrieben: „Zur Zimmererbewegung“, von A. Bringmann. In diesem Artikel werde von dem Verfasser nicht nur behauptet, daß der Verband ein Hemmschuh der Arbeiter-

bewegung sei, sondern auch der Verdacht ausgesprochen, daß eine gewisse Fühlung zwischen dem Verbands- und den Behörden bestehe. Der Artikel schließt mit den Worten: „Allen denkenden Zimmerleuten sei es gesagt: Man lasse sich nicht vorschwindeln, es bestehe ein Kampf für oder gegen Kessler“, oder ein Kampf ob „zentralisirte oder lokalisirte Organisation“, das ist nur ein Vorgehen unserer Gegner, ein Deckmantel, um den wahren Kampf vor den Augen des Dummen zu verschleiern. Der Kampf, um den wir streiten, ist der: Soll die deutsche Zimmererbewegung wieder eine ehrliche und aufrichtige Arbeiterbewegung werden, oder soll sie weiter der Reaktion Dienste leisten? — Daraufhin wäre es ihm (Redner) zu thun gewesen, die unsauberen Elemente aus der Leitung des Verbandes zu entfernen, er habe dann Bringmann Adressen zukommen lassen, um eventuell durch das „Vereinsblatt“ diese von dem Sachverhalt zu informieren. Keineswegs sei aber aus dem Artikel ersichtlich, wie auch der Schluppassus selbst besage, daß es sich für oder gegen Zentralisation handle, und die gegebenen Adressen etwa auf letzteres hin hätten Bezug haben sollen. Bringmann kommt zunächst auf den Antrag Dalm. Er habe erwartet, daß derselbe seinen Antrag genügend begründet hätte. Das Statut schreibe vor, wer die Interessen des Verbandes geschädigt, könne ausgeschlossen werden. Der Antragsteller habe aber keine Beweise dafür erbracht, sondern habe auf Sachen hingewiesen, welche in voriger Versammlung geschehen seien. Was den von Schnack verlesenen Artikel des „Vereinsblattes“, und somit seine Stellung, welche er früher außerhalb des Verbandes eingenommen, anlangt, so habe er hierin seine Ansichten ändern können, jedoch noch längerer Zeit habe es bedurft, bevor Müllerstein und er sich hierin vollständig klar geworden seien. Im Uebrigen gehe aus dem Artikel wohl hervor, daß Lokalorganisation gemeint, und hierzu auch die von Schnack erhaltenen Adressen hätten dienen sollen. Rathmann wünscht, daß der Antrag Dalm abgelehnt werde, während Pagels ersucht, über den Antrag Dalm zur Tagesordnung überzugehen. Dem schließt sich, nachdem noch Müllerstein gesprochen, noch Hösch an. Schrader dagegen verlangt Abstimmung über den Antrag. Der Antrag Hösch und Pagels, über den Antrag Dalm zur Tagesordnung überzugehen, wird angenommen, ebenso dessen schriftlicher Antrag, welcher lautet: „In Erwägung, da von Seiten des Lokalvorstandes Handlungen von größerer Bedeutung vorgenommen worden sind, diese aber der Mitgliedschaft zur Verathung nicht vorgelegen haben, beschließt die heutige Versammlung, daß künftighin alle derartigen, namentlich die finanzielle Seite betreffenden Maßnahmen erst einer jeweilig tagenden Mitgliederversammlung unterbreitet werden.“ Nachdem Niemeier die Ausführungen von Schnack bezüglich Müllerstein's Neben-gehalt bestätigt, folgte Schluß der Versammlung 12 Uhr.

Hamburg. Am 20. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Unterstützungsge- such. 4. Verbreitung der Arbeitslosenstatistik. 5. Gewerbeordnung und die Thätigkeit des Gewerbegerichts. 6. Die Vertrags- erniedrigung im „Zimmerer“ Nr. 4. 7. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 8. Innere Vereinsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende das Ableben des Mitgliedes Th. Wortell bekannt. Die Versammlung ehrt das Andenken desselben durch Erheben von den Sitzen. Nachdem dann das Protokoll der letzten Versammlung verlesen war, verlas der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal 1893. Diefelbe ergab Folgendes: Alter Kassenbestand M. 1120,80. Einnahme im 4. Quartal M. 452,30. Ausgabe M. 944,39. Bleibt ein Kassenbestand für das erste Quartal 1894 von M. 628,71. (Diese Abrechnung betrifft nur die Lokalfasse). In der Ausgabe befinden sich als erwähnenswerthe Summen M. 200 für die Bergarbeiter, ja. M. 180 an Beiträgen für arbeitslose Mitglieder und M. 17,44 für das bekannte Flugblatt. An diese Abrechnung knüpft sich eine recht lebhaftete Debatte. Schrader bemerkt, daß der Vorstand mindestens die Pflicht gehabt hätte, die Mitgliedschaft davon in Kenntniß zu setzen, daß zwei Bezirkskassirer eine Summe einkassirter Beiträge veruntreut hätten. Schnack will diese Personen nicht so ohne Weiteres dem Staatsanwalt in die Hände liefern. Von der Veröffentlichung der Namen der betreffenden Kassirer wird Abstand genommen. Ferner protestirt Schrader dagegen, daß der Kassirer, trotz des Beschlusses vom 30. Januar, wonach der Lokalvorstand die Kosten für das Flugblatt selbst tragen soll, dennoch der Lokalfasse in Rechnung gestellt habe. Die Mitgliederversammlung habe den Beschluß gefaßt, der Lokalvorstand solle die Kosten für das Flugblatt selbst tragen und hätte der Vorstand, resp. der Kassirer, sich unbedingt diesem Beschluß zu fügen. Bringmann tritt gleichfalls energisch für Aufrechterhaltung des Beschlusses vom 30. Januar ein. Schnack erklärt, die Summe sei unter der Mitwirkung von den Revisoren nicht beanstandet worden, indem sie (die Revisoren) die Verantwortung dafür übernehmen würden. (Demnach scheinen auch die Versammlungsbeschlüsse für die Revisoren nicht maßgebend zu sein. Anmerk. des Schriftf.) Hierauf verliest Faur ein Schreiben ungefähr folgenden Inhalts:

„Nachdem durch den angenommenen Antrag in der Versammlung am 30. 1. das Vertrauen der Mitglieder zum Lokalvorstand nicht mehr besteht, so legen die unterzeichneten Vorstandsmitglieder ihr Amt sofort nieder. Wird aber der Beschluß in Bezug auf die Tragung der Kosten des Flugblattes nicht annullirt, so treten wir ohne Weiteres aus dem Verbands aus.“
Faur. Baumbach. Griepentrog.
Schnack.

Dies Schreiben rief begreiflicherweise eine ziemliche Erregung hervor. Bringmann bezeichnet das Vorgehen des Vorstandes als ein unverzeihliches. Beabsichtigte der Vorstand, sein Amt niederzulegen, dann hätte man es mindestens vorher öffentlich bekanntmachen müssen. Unter dem Namen „Wahlen“ sei viel zu verstehen; aber daran hätte wohl kein Mitglied gedacht, daß heute Vorstandswahlen vorgenommen werden sollten. Das Schreiben bebede, den Mitgliedern die Pistole auf die Brust setzen. Wollten wir heute dem Vorstand zu Gefallen den früheren Beschluß umstoßen, so würde dies für unsere Organisation eine Korruption herbeiführen, wie er sie nicht schlimmer denken könne. Er erjucht, den Beschluß bestehen zu lassen. Dem Wunsch des Vorstandes wird nicht Rechnung getragen und legen die vier genannten Vorstandsmitglieder ihr Amt nieder. Als provisorischer Vorstand werden gewählt: Dreyer, Hösch, Pagel, Kantiin und Schrader. Auf Antrag von Groß wird dann die Beschlußfassung über die Abrechnung der nächsten Versammlung überlassen. Die Verbreitung der Arbeitslosenstatistik-Karten wird dem provisorischen Vorstand überwiesen. Dem seit längerer Zeit kranken Mitgliede Th. werden M. 25 als Unterstützung bewilligt. Punkt 5 und 6 werden zur nächsten Tagesordnung zurückgestellt. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet Blumenthal und wird derselbe durch Schnack ergänzt. Jedoch soll der Theil des Berichtes, in dem es sich um Errichtung einer Zentralherberge handelt, in der nächsten Versammlung nochmals erörtert werden. Im „Verschiedenen“ bringt ein Mitglied zur Sprache, daß an einem Bau am Hammerdeich die dort beschäftigten Zimmerer die ortsübliche Arbeitszeit nicht innehalten. Ein dort in Arbeit stehendes Mitglied erklärt, daß dies lediglich an den Mauern liege; die Zimmerer hätten versucht, jedoch vergeblich. Der Zimmermeister hätte gegen die Arbeitszeit nichts einzuwenden, jedoch wünsche er, daß die Zimmerer und Maurer eine gleichmäßige Arbeitszeit innehalten möchten. Zum Schluß wird dem provisorischen Vorstand noch der Auftrag gegeben, dafür zu sorgen, daß die nächste Versammlung recht zahlreich besucht wird. Schluß 12 Uhr.

Sarburg. Am 6. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der zunächst Kamerad Wirth aus Hamburg einen sachwissenschaftlichen Vortrag hielt. Nachdem verlas der Kassirer die Abrechnung vom 4. Quartal 1894, dieselbe wurde für richtig anerkannt. Im Fragekasten befand sich eine Frage, ob es den Junggefallen gestattet sei, so lange sie wollen unter Lohn zu arbeiten. Die Sache wurde dahin geregelt, daß die Junggefallen, die Ostern aus der Lehre entlassen worden sind, drei Monate, und die im Herbst die Lehre verlassen, sechs Monate unter Lohn zu arbeiten berechtigt sein sollen. Nach dieser Frist sollen dieselben aber unter allen Umständen den ortsüblichen Lohn fordern. — Am 16. Februar tagte hier eine öffentliche Versammlung der Zimmerer. Genosse Pessier hielt einen Vortrag über das Thema: „Wie stellen sich die Gewerkschaften zur politischen Bewegung.“ Redner zeigte an vielen Beispielen, daß die kapitalistische Produktionsweise die Gewerkschaftsorganisation notwendig mache. Diese Produktions- und Wirtschaftsweise bedeute den Kampf Aller gegen Alle, auf die Schultern der wirtschaftlich Schwächsten würden alle Unannehmlichkeiten abgewälzt. So lange die Arbeiterklasse unorganisiert sei, würde sie ganz grauenhaft ausgebeutet, die Organisation bilde aber einen Wall gegen dieses Uebel. Die wirtschaftlich starken Klassen haben aber auch die Gesetzgebung in der Hand und beeinflussen noch die Gesetzeshandhabung zu Ungunsten der Arbeiter; darum dürfen sich die Arbeiter nicht nur auf die Gewerkschaften beschränken, sondern müssen versuchen, politischen Einfluß zu gewinnen. Es müsse also jeder Arbeiter auf beiden Gebieten thätig sein, vor Allem müßten aber die uns noch fernstehenden Massen herangezogen werden. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Dann erstatteten die Delegirten vom Gewerkschaftskartell Bericht, worauf noch ein Stellvertreter der Delegirten gewählt wurde. Nachdem erstattete die Lohnkommission Bericht und wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Serne i. W. Sonntag, den 18. Februar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, in der zunächst das Protokoll von der vorigen Versammlung verlesen wurde. Nachdem dann die Beiträge erhoben, wurden drei neue Mitglieder in den Verband aufgenommen. Dann wurde die Ergänzungswahl zum Vorstande vorgenommen. Derselbe besteht nun aus folgenden Kameraden: C. Staß erster und F. Finneberg zweiter Vorsitzender; P. Ristmann erster und Hengst zweiter Schriftführer; Seidel erster und Mohr zweiter Kassirer; Schütt und Hoffmann Revisoren. Da hier nur noch wenige Kameraden arbeiten, die dem Verbands nicht angehören, ist zu hoffen, daß sich diese bald von selbst anschließen werden. Sollte dieses jedoch nicht der Fall sein, dann soll jedes Verbandsmitglied darauf hinzuwirken versuchen. Beschlossen wurde noch, daß bei einem etwaigen Begräbniß eines Verbandskameraden alle Mitglieder zu folgen hätten; wer dieses veräußert, soll M. 1 Strafe bezahlen.

Leipzig. In der am Dienstag, den 13. Februar, hier abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Zimmerer erstattete zum ersten Punkt der Tagesordnung Kamerad Rothe Bericht über den Werth und Nutzen des Gewerbe- schiedsgerichts und empfahl am Schlusse seines Berichtes den Versammelten, am Tage der Wahl nur Demjenigen ihre Stimme zu geben, der voll und ganz die Interessen der Arbeiter vertritt. Es wurde hierzu seitens der Zimmerer Kamerad Rose in Vorschlag gebracht. Sodann berichtet Kamerad Rose, als Vertrauensmann der Einzelzahler des Verbandes, über die Kassenverhältnisse vom

dritten und vierten Quartal 1893. Da seitens der Versammlung nichts eingewendet wurde, wurde zum dritten Punkt, „Gewerkschaftliches“, übergegangen und zunächst zwei Revisoren des Unterstützungsfonds gewählt und zwar die Kameraden Frischi und Liebeskind. Kamerad K. St., welchem das Werkzeug verbrannt ist, wurden 80 Prozent des Schadens ersetzt. Betreffs der Matseier wurde sich die Versammlung dahingehend einig, am Abend des ersten Mai eine Versammlung abzuhalten und so für den Achtstundentag zu demonstrieren. Nachdem noch einige vorliegende Fragen erörtert waren, wurde seitens Kamerad Rose noch zu reger Agitation für den Verband aufgefordert, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

München. Unsere regelmäßige Monatsversammlung tagte am 4. Februar. Auf der Tagesordnung stand: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Unsere Lohnfrage. 3. Vereinsangelegenheiten. Nachdem das Protokoll verlesen war, referirte Kamerad Ruhmann über die Lohnfrage. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden. Redner weist darauf hin, daß es eine Nothwendigkeit sei, die Lohnfrage zu erörtern. Die Lohnfrage muß erwogen werden, davon hängen die Familienverhältnisse eines jeden Einzelnen ab. Auch der Staat habe großes Interesse daran, wenn die Lohnverhältnisse so geregelt sind, daß der Arbeiter konsumfähig ist und seinen bürgerlichen Pflichten nachkommen kann. Je schlechter die Lohnverhältnisse sind, desto mehr wird die Geistesbeschränktheit unter den Kameraden zunehmen. Redner giebt eine Zusammenstellung, was ein Zimmermann braucht, um einigermaßen den Anforderungen, welche heut zu Tage an ihn gestellt werden, gerecht zu werden. Ferner weist Redner statistisch nach, daß bei einem Lohn von 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, nach den wirtschaftlichen Verhältnissen in München, noch ein großes Defizit zu decken übrig bleibt und oft die verwerflichsten Mittel in Anwendung gebracht werden, um den Ausfall zu decken. Trotzdem wurde voriges Jahr von den Innungsmeistern das Gerücht verbreitet, daß die Münchener Zimmerleute M. 5—6 pro Tag verdienen. Der Durchschnittslohn aber beträgt thatsächlich nur 38 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Es sei daher nothwendig, daß die Meister an ihr Ehrenwort erinnert werden, welches sie im Jahre 1890 schriftlich gegeben haben, nämlich, daß sie 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde Durchschnittslohn bezahlen wollen. Die Thätigkeit unserer gewerkschaftlichen Organisation darf nicht erschaffen, wenn auch noch ein großer Theil der Kameraden dem Verbands ferne steht. Es wurde eine Lohnkommission gewählt; dieselbe besteht aus den Kameraden: Weinberger, Kuhlmann, Zheuerlocher, Jacher und Rühl. Zu Vereinsangelegenheiten spricht Kamerad Braun dem Vorstand, sowie dem Kamerad Weinberger, welcher Ausschußmitglied der Ortskrankenkasse ist, seinen Dank aus für die Bemühungen derselben für ihn während seiner Krankheit, daß er nun sein Krankengeld von M. 78,75 erhalten habe. Er hebt hervor, daß er keinen Pfennig erhalten hätte, wenn er der gewerkschaftlichen Organisation nicht angehört haben würde. Nachdem noch Verschiedenes erledigt wurde, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kostock. Am 10. Februar hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab; auf der Tagesordnung stand: Jahresbericht. Am Orte sind 22 Arbeitgeber; die Arbeitslosigkeit war im vergangenen Jahre sehr schlecht, mehrere Kameraden sind mitten im Sommer ohne Arbeit gewesen, zur Zeit sind gut zwei Drittel aller Zimmerer arbeitslos; in anderen Gewerben sieht es ähnlich so aus. In Kostock sind im Ganzen 165 Zimmerer anständig; am Jahreschluß 1892 waren davon 94, am Jahreschluß 1893 106 im Verbands. Unser Lokalverband hielt im vergangenen Jahre 22 Versammlungen ab, in einer derselben wurde ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten, die anderen Versammlungen beschäftigten sich meistens mit inneren Verbandsangelegenheiten. Daß nicht mehr Vorträge gehalten werden, liegt hauptsächlich daran, daß die Kräfte hierzu fehlen. Im August wurde ein Flugblatt zur Agitation für den Verband an alle Zimmerer Kostocks und zwar durch die Post verbreitet. Den Arbeitern anderer Gewerbe wurden im vergangenen Jahre M. 350 Unterstützung gewährt. Von unseren Mitgliedern sind sieben, die schon mehrere Wochen vor Weihnachten feierten, mit je M. 5 unterstützt worden, sechs Mitglieder wurden vom Beitrag befreit. Von den 59 hier anständig Zimmerern, die nicht zum Verbands gehören, gehören 24 dem hier 1890 gegründeten „blauen“ Verein an. Dieser Verein hatte zunächst den Zweck, den Streikbrechern von damals eine Organisation zu geben, er wurde von Meistern und Polieren protegirt. Die Mitgliederzahl belief sich in kurzer Zeit mit allen Auswärtigen auf 150. Solche Vereine können sich aber nicht sehr lange halten, denn es ist klar, daß Vortheile für den Arbeiter damit nicht erzielt werden. Dieser Verein nun wäre schon längst verschwunden, wenn nicht viele seiner Mitglieder sich schämten, ihre Fehler von 1890 zuzusehen. Die „Meister“ bevorzugen die „Blauen“ auch nicht mehr, einer soll sogar gesagt haben: „Ein Rothser sei ihm lieber als zehn Blaue.“ Solchen Fragen, wie Arbeitslosigkeit und Abhilfe derselben, steht diese „blaue“ Gesellschaft ganz rath- und thatenlos gegenüber. Kürzlich tagte noch eine öffentliche Arbeitslosen-Versammlung, die war von rund 800 Personen besucht. Diese Zahl fällt um so schwerer in's Gewicht, wenn man bedenkt, daß die ganze Einwohnerzahl Kostocks M. 45 000 beträgt. In diesem Jahre wird es unser Bestreben sein, energisch für die Ausbreitung unserer Organisation thätig zu sein. Auf die Mitwirkung aller unserer Kameraden hoffen wir zuversichtlich. Denn, Kameraden, wir selbst müssen Hand anlegen, wenn es besser werden soll. Also muthig vorwärts!

Spandau. Am 20. Februar tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Der Kampf um's Dasein und welche Mittel haben die Arbeiter in Anwendung zu bringen, um sich gegen die drückenden Verhältnisse zu schützen. 2. Verschiedenes. Zum ersten Punkt verliest der Vorsitzende zunächst einige Artikel aus dem „Vorwärts“, in welchen deutlich das Vorhandensein eines allgemeinen Arbeitsmangels, ferner bei vorhandener Arbeit in den meisten Fällen höchst schlechte Bezahlung hierfür, nachgewiesen wird. Obige Tatsachen seien aber nur dazu angethan, die Existenz des Arbeiters unmöglich zu machen. Wenn dem Letzteren aber dann außerdem fortwährend neue Lasten zu tragen auferlegt würden, so sei es wirklich an der Zeit, daß der Arbeiter endlich aus dem Traume erwache und seine bedrückte Lage erkennen lerne, um sich sodann in die Reihen seiner Leidensgenossen zu stellen, zwecks Kampfes für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nachdem sich hierauf noch mehrere Redner in diesem Sinne ausgesprochen und Vorschläge gemacht zur Agitation, wurde folgende Resolution akzeptiert: „In Anbetracht der immermehr zunehmenden Arbeitslosigkeit, sowie der gemeinen Lohnrückerei, wodurch der Arbeiter wirtschaftlich ruiniert und hierdurch widerstandslos wird, verpflichtet sich die heutige Versammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dagegen zu kämpfen und verspricht, zwecks dieses den Verband der Zimmerer nach Kräften zu unterstützen, damit Letzterer seine Pflichten zu erfüllen im Stande ist. Zum zweiten Punkt „Verschiedenes“ übergehend, fand ein Antrag, an den Magistrat Spandau's in Form einer Petition das Ersuchen zu stellen, für Errichtung eines Gewerbegerichts Sorge zu tragen, Annahme. Hierzu wurde eine Kommission gewählt, welche das Weitere zu veranlassen hat. Nachdem noch auf das zu kritisierende Benehmen einiger Arbeitgeber aufmerksam gemacht worden, ließen sich zwei Kameraden aufnehmen.

Stettin. Am 20. Februar hielt der hiesige Lokalverband seine regelmäßige Monatsversammlung ab, welche gut besucht war. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung, „Lokalfrage“, entpann sich eine lebhafte Debatte. Einige Mitglieder waren für ein festes Lokal, andere für die sogenannten Wanderversammlungen. Nach einer längeren Diskussion wurde dieser Punkt zur Abstimmung gebracht; 31 Stimmen waren für Wanderversammlungen und 19 für ein festes Lokal, mithin werden die Wanderversammlungen beibehalten. Die vom Kameraden Krostky verlesene Abrechnung des Massenball's ergab eine Einnahme von M. 82,25, eine Ausgabe von M. 52,95, mithin einen Ueberfluß von M. 29,30. Dann verlas der Kassirer die gestrichenen, die abgemeldeten und die neu aufgenommenen Mitglieder, worauf als Kaspporteur für Grabow Kamerad Schneider gewählt wurde. Unter „Verschiedenes“ schilderten mehrere Kameraden die jetzige Lage im Zimmerergewerbe Stettins. Unter Anderem wurde der Bau Schulze (Brachbau Stettins) einer Kritik unterworfen. Die dort arbeitenden Kameraden theilten mit, ihr Arbeitgeber habe sich am Sonnabend geäußert, wenn sie für 35 \mathcal{L} pro Stunde arbeiten wollten, könnten sie am Montag wieder anfangen, mehr Lohn könne er nicht geben. Hierauf hätten die betreffenden Verbandsmitglieder dann die Arbeit niedergelegt. Hierzu beschloß die Versammlung, die Gemahregelungen zu veranlassen, nochmals mit dem Arbeitgeber zu unterhandeln, sollte der Arbeitgeber dennoch hierauf beharren, die Sperre über den Bau zu verhängen; ferner solle der hiesige Lokalvorstand bei dem Hauptvorstand zwecks Verhaltungsmaßregeln Anfrage halten. Sodann schilderte ein Mitglied den Vorgang, welchen er beim Ansprechen um Arbeit bei Meister Gerloff resp. dessen Polier erlebt. Derselbe habe sich geäußert, mehr als 30 \mathcal{L} Stundenlohn gebe er nicht, auch habe er nur auf die am Bau (Chamottenfabrik) kontrollierenden Aufseher zu achten, er brauche sich also nicht zu überanstrengen. Nachdem man noch einiger Meister gedacht, die ebenfalls einen geringen Lohn zahlen, entspann sich eine kurze Diskussion über die letzte Abrechnung der Hauptkasse. Man beschloß, den Hauptvorstand um Aufschluß hierüber zu ersuchen, da dieselbe hier nicht recht klar erschien. Nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben, daß am 21. Februar eine Vorstandssitzung stattfinden werde, in Sachen Schulze's Bau, erfolgte Schluß der Versammlung.

Sozialpolitisches.

Eingetragene Berufsvereine, auch in der weidlichen Form, wie dieselben von der Zentrums- und freisinnigen Partei im Reichstage beantragt wurden, werden in Deutschland wohl noch längere Zeit ein frommer Wunsch bleiben. In der Reichstagskommission schlug König Stumm u. A. vor, im § 9 zu bestimmen, daß „nur“ durch die dort angegebenen Unterstützungen und Einrichtungen die Zwecke der Berufsvereine sollten verfolgt werden dürfen, und aus der Zahl der zulässigen Unterstützungen die Unterstützung bei Arbeitsausständen und Arbeitsausfällen ausdrücklich auszuschließen.

Unser Sozialreformer geht aber noch weiter, er will bei den Berufsvereinen, die die berufliche Bildung durch Vorträge, Diskussionen usw. fördern, bezügliche „Beschlussfassungen“, die im Entwurf natürlich auch betont sind, von der Zuständigkeit der Berufsvereine ausschließen, er will ferner die Errichtung von Schieds- und Einigungsämtern diesen Vereinen nicht gestatten, sondern nur dort, wo solche Ämter schon bestehen, die Vertretung der Rechte und Interessen der Mitglieder bei denselben zu lassen. Endlich will Herr von Stumm dem betr. § 9 noch den Absatz hinzugefügt haben: „Politische Angelegen-

heiten dürfen nicht zum Gegenstand der Vereinshätigkeit gemacht werden.“

Daß damit diese Vereine für die Arbeiter werthlos, zu einem Messer ohne Fests und Klinge werden, das ist die Arbeitsfreiheit, welche König Stumm den Arbeitern gnädigst gewähren will! — Aber auch der Standpunkt der Majorität des Reichstages weicht nicht viel von den Stumm'schen Ansichten ab.

Eine städtische Arbeitsvermittlung soll bekanntlich in Frankfurt a. M. errichtet werden. Der Magistrat hat nun dieser Tage ein elf Paragraphen umfassendes Regulativ zu derselben dem Gemeinderathe zur Genehmigung vorgelegt. Der Etat ist darin wie folgt aufgestellt: Gehalt des Geschäftsführers und des etwaigen männlichen und weiblichen Hilfspersonals M. 4000, Miethe M. 2000, bezüglichen für die Wohnung des Geschäftsführers M. 400, Drucksachen M. 200, Heizung, Beleuchtung, Reinigung, Verschiedenes M. 700, zusammen M. 7300. Die Verathung soll beschleunigt werden, um das Arbeitsamt baldmöglichst ins Leben rufen zu können.

Das Verdienst der Sozialdemokratie um die Aufbesserung der Arbeiterverhältnisse wird von den konservativen „Grenzboten“ offen anerkannt. Daß es die Sorge um die Zukunft des Militarismus ist, was dem Schreiber die Augen schärft, thut der Richtigkeit der Darlegung keinen Abbruch. Das genannte konservative Organ schreibt:

„Den Sozialdemokraten verdanken wir es, daß wir noch ein kampffähiges Heer haben. Ohne die revolutionäre Arbeiterbewegung hätten wir keine Arbeiterchutzgesetze und wären die Löhne überall unter das Existenzminimum gesunken. Hätten die Arbeiter insgesamt den Landrathen und Geistlichen geglaubt, gleich jenen gottesfürchtigen sächsischen Leinewebern, die sich mit M. 400 Familieneinkommen begnügen, dafür aber nicht mehr im Stande sind, den Pflug zu führen und die Mäskete zu regieren, dann würde vielleicht der Himmel einige Millionen Engel mehr haben, das Vaterland aber zu Grunde gehen.“

Arbeiterbudgets. Eins der besten Mittel der herrschenden Klasse den Beweis zu führen, in welch traurigen Verhältnissen die Mehrzahl der Bevölkerung heute zu leben gezwungen ist, bildet jedenfalls die Aufstellung von Arbeiterbudgets. Es ist dies ein Theil der Statistik, bei der auch jeder Arbeiter im Stande ist, mit zu helfen, wenn er nur seine Ausgaben und Einnahme genau bucht. In Magdeburg hat es ein Schuhmacher unternommen, ein ganzes Jahr lang über seine Arbeitszeit, seine Einnahme und Ausgabe genau Buch zu führen. Seine sorgfältigen Notizen ergeben folgendes Resultat:

Er arbeitete im Jahre 1893:	
Wochentage	286 Tage
Sonntage	37 "
Er arbeitete nicht:	
Sonntage	15 "
Feiertage inkl. 2 Wahltage und 1. Mai	9 "
Wegen Krankheit	14 "
Wegen Arbeitslosigkeit	4 "
	365 Tage.

Die Gesamtzahl der Arbeitsstunden betrug 2963 $\frac{1}{2}$, davon fielen auf den Sonntag 152 $\frac{3}{4}$ Stunden. Die Durchschnittsarbeit an Wochentagen betrug somit zirka 10 Stunden, die höchste 14 und die niedrigste 1 Stunde. Diese Ausgabe an Arbeitskraft brachte ihm eine Jahreseinnahme von M. 670,84. Davon gehen ab:

Krankengeld à 20 \mathcal{L}	M. 10,40
Beitrag zur Invalidenklasse à 12 \mathcal{L}	6,24
Ausgaben an Fornituren	11,62
Summa des Abzugs M. 28,26	

Bleibt eine Netto-Einnahme von M. 642,58. Das ist also ein Durchschnittsverdienst von M. 12,35 $\frac{19}{26}$ wöchentlich.

Das ist also das Einkommen eines Arbeiters, der das ganze Jahr über beschäftigt ist, der sich gewissermaßen noch glücklich preisen muß gegenüber den Tausenden, die insolge gänzlicher oder theilweiser Arbeitslosigkeit noch weit kümmerlicher sich behelfen müssen.

Was die Krone der Sozialreform — den Beamten einbringt, möge der soeben veröffentlichte Rechnungsabluß der württembergischen Versicherungsanstalt beweisen. Es wurden von derselben im abgelauenen Kalenderjahr Quittungsmarken im Gesamtbetrag von M. 3 034 490,84 verkauft; die in diesem Jahre ausbezahlten Renten betragen nicht den zehnten Theil der Beiträge, nämlich M. 300 006,39; für Heilverfahren wurden M. 649,50 ausgelegt; die Verwaltungskosten betragen M. 173 043,60; dazu kommen noch für Erhebungen, schiedsgerichtliches Verfahren und Kontrolle zusammen M. 19 437,47, also Alles in Allem ein Aufwand, der weit über die Hälfte der ausbezahlten Renten ausmacht. Wehmüthig steht es auch mit den Versicherungsanstalten in den anderen Bundesstaaten. Aber trotzdem nennt man dieses Gesetz die „Krone“ der Sozialreform! Im Volke giebt man dem Gesetz einen ganz anderen Namen, man nennt es da vielfach „Versorgungsanstalt für Militärämter“. Mit welchem Recht, zeigen die obigen Zahlen.

„Bete und arbeite“ — so lautet ein christliches Sprüchwort. Das Bete n allein scheint aber noch viel einträglicher zu sein. Der Kardinal Kopp hat für das katholische Bisthum folgende Bestimmungen getroffen: An Ruhegehalt werden nach vierzigjähriger Thätigkeit

jährlich gezahlt: an Pfarrer M. 2400, an Kuratlegeistliche M. 2000, an Hilfsgeistliche (Kapläne) M. 1500, vorausgesetzt, daß der Eremit das 65. Lebensjahr vollendet hat. Privatvermögen kommt nicht in Betracht. Das „Ruhegehalt“ des Arbeiters aber, der 40—50 Jahre gearbeitet, beträgt ungefähr M. 120 das Jahr. Das Beten und Fasten unierer geschicktesten und geschorenen Seelsorger muß doch recht anstrengend sein. Nur gut, daß diese aufopfernde Thätigkeit auf genügend Verständnis und Anerkennung rechnen kann.

Entbehrlichkeit des Sonntagsunterrichts an den hessischen Fortbildungsschulen. Hierzu schreiben die „Blätter für soziale Praxis“ (Frankfurt a. M.) in ihrer neuesten Nummer: Die Verwaltungsberichte der hessischen Städte Darmstadt, Worms und Gießen für 1892/93 sind soeben gerade zurecht erschienen, um die jetzt so viel erörterte Frage nach der angeblichen Unentbehrlichkeit des Sonntagsunterrichts in gewerblichen Fortbildungsschulen an der Hand praktischer Erfahrungen mit beantworten zu helfen. In Gießen besteht die obligatorische Fortbildungsschule; zum Besuch derselben sind alle Knaben während dreier Jahre nach ihrem Austritt aus der Volksschule verpflichtet. Im Winterhalbjahr 1892/93 hatten die Fortbildungsschulen der genannten drei hessischen Städte zusammen 1575 Gewerbeschüler, und man kam an sämtlichen Fortbildungsschulen sehr gut ohne jeden Sonntagsunterricht aus. Man ertheilte nämlich den Unterricht größtentheils an den Nachmittagen bestimmter Wochentagen, deren Zahl zwischen 2 und 4 schwankt. Die frühesten Nachmittagsstunden für den Unterricht hatte Worms für einen Theil seiner Schüler, nämlich die Stunden von 1 bis 1 $\frac{1}{2}$ Uhr; Gießen hatte die Stunden von 2 bis 4 bzw. von 3 bis 5 Uhr, Darmstadt von 2 bis 4 bzw. 5 bis 7 Uhr. Daneben gingen Abendklassen mit Unterricht von 1 $\frac{1}{8}$ bis 1 $\frac{3}{8}$ Uhr in Gießen, von 1 $\frac{1}{2}$ bis 1 $\frac{3}{4}$ Uhr in Worms, und von 7 bis 9 Uhr in Darmstadt. Früher hatte der Unterricht nicht so früh am Nachmittag begonnen; die neue Ordnung der Dinge führte sich jedoch so leicht ein, daß die Frequenz überall regelmäßig weiter stieg und die Schulverhältnisse beispielsweise in Worms abnahmen. Die Unterrichtserfolge vollends wurden von der Vermehrung des Wochenunterrichts an frühen Nachmittagsstunden außerordentlich günstig beeinflusst. Der Darmstädter Verwaltungsbericht hebt hervor, daß Betragen, Fleiß und Leistungen, „insbesondere in den Tagesklassen“, recht befriedigend gewesen seien, und der Gießener Bericht sagt noch ausdrücklich, es sei, „durch Verlegung des Unterrichts in die Arbeitsstunden ermöglicht worden, die Empfänglichkeit für denselben und damit den Erfolg der Fortbildungsschule überhaupt zu steigern“. Diese Thatsachen sprechen doch wohl dafür, daß die Entbehrlichkeit des Sonntagsunterrichts, von welcher der am 1. Oktober d. J. zur Einführung zu bringende § 120 der Gewerbeordnung ausgeht, auch vom schultechnischen Standpunkt aus nicht bloß vom kirchlichen, zugegeben werden kann. Es ist unfreilich möglich, den Sonntags- Zeichenunterricht auf die Nachmittagsstunden passender Wochentage von 1 bis 4 Uhr zu verlegen, indem man sich im Einzelnen bezüglich der Tage und Stunden an die Bedürfnisse der verschiedenen Gewerbe anpaßt. Man kann diese Zeit, wie das hessische Beispiel zeigt, recht gut von den Arbeitgebern erlangen, wenn man nur den Muth hat, von der Fakultativen zur obligatorischen Fortbildungsschule überzugehen. Und die letztere ist doch wohl der bessere Ausdruck des Interesses für die allgemeine Fortbildung als die erstere.

Wie Dynamitattente gemacht werden. Von sehr zuverlässiger Seite wird dem „Vorwärts“ mitgetheilt: Vor vier Monaten kam zu dem polnischen Genossen Solik in Siemianowiz (Oberschlesien) ein Mann, welcher angeblich „im Namen des deutschen sozialdemokratischen Parteivorstandes in Berlin“ dem Genossen S. mittheilte, daß er eine Kiste Dynamit erhalten werde, und ihn ersuchte, mit Namensunterschrift zu bescheinigen, daß er — Genosse S. — bereit sei, diese Kiste Dynamit in Verwahrung zu nehmen.

Diesen gefärbten Fuchss erkannte Genosse S. sofort und wies ihm gebührend die Thür. Doch siehe: Montag, den 5. d. Mts., 2 Uhr Nachmittags, erschienen beim Genossen S. sechs Genedarmen, zwei traten in die Wohnung, einer blieb im Hausflur und die übrigen drei patronisirten auf der Straße vor dem Hause. Man verlangte vom Genossen S. die Herausgabe von Dynamit, widrigenfalls mit einer Hausdurchsuchung gedroht wurde. Genosse S. gab anstatt des Dynamits den Vertretern der heutigen Ordnung eine gebührende Antwort, worauf eine gründliche, über zwei Stunden dauernde Hausdurchsuchung stattfand, bei welcher selbstredend nichts zu Tage gefördert wurde. — Diese Prozedur des Spigelthums erwies sich hier wie überall als sehr dumm; denn die Sozialdemokraten, mögen sie Deutsche, Polen oder Franzosen sein, befassen sich nicht mit Dynamit und Bombenwerfen.

Ein Faschings-Hausball wurde nach der Wiener Korrespondenz des „Berliner Tageblatt“ in dem Hause eines sehr reichen Bergwerksbesizers, den man den „Rohlenfürsten“ zu nennen pflegt, abgehalten. Die Kosten für den Abend beliefen sich nach absolut verlässlichen Angaben auf rund 42 000, sage und schreibe: zweihundvierzigtausend Gulden. Die Damen erhielten Bonbonnieren von erlesener Eleganz und seltene Blumen dazu, die Herren feiner Zigarrentaschen mit je vier Stück Zigarren, das Stück zu zwei Gulden. Das Souper kostete pro Person ohne Getränke 50 Gulden, die Ananas-Erbsen zum Dessert waren allein für viertausend Gulden angeschafft worden. Jeder einzelne erschienene Gast, ob Herr oder

Dame, hat für Koubert, Ballspende, Getränke u. d. durchschnittlich über 100 Gulden gekostet." Ein recht tröstliches Gegenstück zu den Bildern des Elends aus den gleichzeitig tagenden Arbeitslosenversammlungen in Wien.

Die Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu dem von der Schweiz einberufenen internationalen Kongreß. Die Vertreter unserer schweizerischen Genossen haben bekanntlich gemeinsam mit den Vertretern der anderen im schweizerischen Arbeiterbund vereinigten Richtungen eine Einladung zur Beschickung eines internationalen Kongresses erlassen, der im Laufe dieses Sommers in Zürich stattfinden soll. Dieser Kongreß soll sich mit der Weiterentwicklung der Arbeiterschutzesetzgebung befassen und sollen Vertreter aller Parteien Zutritt haben, vorausgesetzt, daß sie die Arbeiterschutzesetzgebung für notwendig halten. Der schweizerische Bundesrath unterstützt das Unternehmen, indem er beschloß, den Betrag von Frs. 3000 für die Kosten des Kongresses zu gewähren. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags nahm vor Kurzem Veranlassung, sich mit der Einladung zum Kongreß und der eventuellen Beschickung desselben zu beschäftigen. Sämmtliche Redner erklärten sich aber gegen die Beschickung desselben. Von allen Rednern wurde anerkannt, daß es seitens unserer schweizerischen Genossen ganz natürlich sei, wenn diese sich zur Einladung eines solchen Kongresses in Verbindung mit Parteien einließen, die sonst der sozialdemokratie feindlich gegenüber ständen. Die eigenthümlich gelagerten politischen Zustände der Schweiz hätten veranlaßt, daß schon seit Jahren die Arbeiter der verschiedensten politischen und religiösen Richtungen sich im Arbeiterbund zu gemeinsamem Handeln vereinigt, vom Bundesrath sei auch das schweizerische Arbeiterssekretariat auf Grund gleicher Voraussetzungen in's Leben gerufen worden. Dies wie die gemeinsame Kooperation der im Arbeiterbund vertretenen verschiedenen Richtungen für die Gesetzgebung des Landes ausreichend dieses zusammenzuführen. Anders lägen aber die Verhältnisse für die deutsche Sozialdemokratie. In Deutschland gebe es keinen gemeinsamen Boden für ein Zusammengehen mit ausgesprochenen Gegnern. Was in Deutschland auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes erreicht worden sei, sei erst nach hartem und hartnäckigem Kampfe von den Gegnern erstritten worden, und Anders, was Länder wie z. B. die Schweiz auf dem Gebiete der Arbeiterschutzesetzgebung bereits besitzen, sei von unseren Gegnern in Deutschland bisher verweigert worden. Es sei daher völlig zwecklos, mit Gegnern eine Verständigung auf einem Gebiete zu versuchen, auf dem, das lehrten die parlamentarischen Kämpfe der sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag und in den Landtagen, eine Verständigung unmöglich sei. Eine Beschickung eines Kongresses, auf dem auch die Gegner vertreten seien, würde also sofort zur Wiederaufnahme dieser parlamentarischen Kämpfe führen, ohne jede Aussicht auf Verständigung. Die Beschickung eines Kongresses habe also keinen Zweck und zwar auch dann nicht, wenn man sicher sei, die Gegner majorisieren zu können.

Hierzu komme noch Folgendes: Was die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Arbeiterschutzesetzgebung beanspruche, sei durch die Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891 und Zürich 1893 festgesetzt worden und stehe im Programm der Partei. Diese sich nun die deutsche Sozialdemokratie auf einem anderen Kongreß mit Gegnern auf einen Kompromiß ein, so setze sie sich in Widerspruch mit ihren Kongreßbeschlüssen und mit ihrem Programm.

Schließlich wurde noch als mehr nebensächlicher Grund angeführt, daß es auch des Guten zu viel sei, dieses Jahr schon wieder einen internationalen Kongreß zu beschicken, nachdem man voriges Jahr in Zürich erst beschloß: mit Rücksicht auf die jährlichen Partei- und Gewerkschaftskongresse, und im Hinblick auf die großen Kosten, nur alle drei Jahre einen internationalen Arbeiterkongreß zu berufen. Hierzu wurde einstimmig der Beschluß gefaßt: den Kongreß für die Arbeiterschutzesetzgebung nicht zu beschicken.

Die Bevölkerung Frankreichs weist nach dem neuesten Bericht des „Journal officiel“ über den Stand derselben im Jahre 1892 wiederum einen Rückgang auf, da die Zahl der Todesfälle diejenige der Geburten um 20 041 überwiegt (im Jahre 1891 betrug der Ausfall 10 605, 1890 38 446). Der Bericht schreibt dieses ungünstige Ergebnis, das an die schlimmsten Jahre erinnert, der Influenza und dem Krieg von 1870 (geringere Zahl der jetzt heirathsfähigen Mannschaft) zu. Ein solcher Rückgang der Bevölkerung ist überhaupt seit 1854 und 1865 (Krieg und Cholera) nicht dagewesen. Noch im Jahre 1881 gab es 866 978 legitime und 70 069 illegitime Geburten; 1892 waren es 782 062 legitime und 73 785 illegitime Geburten. Die Zahl der Eheschließungen betrug 1892 290 319 (bei 5772 Scheidungen). Diese Zahl der Ehen ist die höchste seit 1885; sie ist um 4861 größer als 1891, und dieses letztere Jahr hat schon um 16 126 Eheschließungen mehr gehabt als das Jahr 1890. Da also die Zahl der Ehen in der Zunahme begriffen ist, kommt der wachsende Ausfall der Bevölkerung zu einem guten Theile davon her, daß die Fruchtbarkeit der Ehen stetig abnimmt.

der Unternehmer noch um 20 pBt zu kürzen. Das konnten selbst die „zufriedenen“ bedürfnislosen Weber sich nicht bieten lassen, sie beschloßen einstimmig, den Kampf aufzunehmen. Alle Zuforderungen sind zu richten an Richard Richter, Augustusallee 669, Großenhain. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten!

Die Maurer von Zwickau und Umgegend haben in einer öffentlichen Versammlung beschloßen, in diesem Jahre 30—33 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zu fordern und beim Rathe zu beantragen, zur Vermeidung der Lohnbrückerie die städtischen Bauten nicht im Submissionswege zu vergeben, sondern in Regie ausführen zu lassen.

Den „vorübergehend“ angestellten städtischen Arbeitern zu Straßburg war von der Stadtverwaltung die Zumuthung gemacht worden, für denselben Lohn als bisher (M. 1,60 pro Tag) $1\frac{1}{2}$ Stunden länger zu arbeiten. Die Arbeiter, 300 an der Zahl, zogen, mit Schaufel und Spaten bewaffnet, nach der Bürgermeisterei, um dort zu erfahren, daß die Stadtverordneten-Versammlung so beschloßen habe. Weiter hörten sie den wohlgemeinten Rath, daß, wenn es nicht passe, einfach gehen könne. 30 der Arbeiter folgten dem Rath, die anderen nahmen die Arbeit wieder auf. Die Stadtverwaltungen wissen eben genau so gut, als die Privatunternehmer die Hungerpeitsche über ihren Arbeitern zu schwingen, sie wissen nur zu genau, daß die Mehrzahl der Arbeiter ihrer Profitgier sich fügen muß.

Schriftlich beglaubigtes Arbeiterelend. In Neustadt bei Siegmars wurde einem 58 Jahre alten Arbeiter kürzlich von dem Arbeitgeber folgendes Schriftstück ausgehändigt:

Ich, Endesunterzeichneter bescheinige hiermit dem Arbeiter K. S. B., daß sein Durchschnittsverdienst M. 250 bis M. 300 höchstens beträgt.

Julius Theodor Köhler,
Wirt, Strich- und Handschuh-Fabrikation.
Bergangene Woche hat besagter Arbeiter einen Lohn von M. 2,80 — für die ganze Woche — nach Hause gebracht. Und davon soll dann eine Familie leben!

Zum Kapitel Schreiberelend. Der Helmstedter Magistrat hatte eine Schreiberstelle mit M. 800—900 Gehalt ausgeschrieben, zu der sich nicht weniger als 57 Bewerber gemeldet hatten. Den Zuschlag erhielt schließlich ein junger Schreiber aus Blandenburg, der sich für M. 400 angeboten hatte.

Die Schwierigkeiten bei Scheidung der Arbeiter nach Industrien zeigten sich recht auffällig bei einer Statistik der Hamburger Filiale des Holzarbeiter-Verbandes. Demnach vertheilen sich in Hamburg in 80 Fabriken resp. Werkstätten 809 Holzarbeiter auf folgende Spezialgewerbe:

Branchen	Gesellen	
	verh.	ledig
Bau	248	82
Möbel	102	77
Rundschiff	8	4
Stuhlmacherei	1	1
Kistenmacherei	2	3
Wärsternmacherei	11	20
Wagenfabrik	6	2
Mühlenbau	12	6
Modellschlerei	5	2
Pianosfabrik	156	20
Nähmaschinenfabrik	4	3
Schiffswerft	16	11
Reparaturdrechlerei	—	1
Parigummdrechlerei	4	2

676 Personen hiervon sind Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes. Es giebt also wohl kaum noch eine Organisation, die einem „Industrie-Verbande“ weniger entspricht, als gerade der Holzarbeiter-Verband. Anders ausgedrückt können wir auch sagen, es sammeln sich wohl in keiner Gewerkschafts-Organisation mehr Arbeiter ganz verschiedener Industrien, als im Holzarbeiter-Verbande.

Zu Basel ist mit dem 15. Februar auf allen Bauplätzen der Beihnstundentag eingeführt worden und wurden die Bauarbeiter durch öffentliche Maueranschläge aufgefordert, die Vereinbarung einzuhalten.

Die Weicher und Appreteure in St. Gallen sind in eine Bewegung für den Beihnstundentag eingetreten. Eine kürzlich stattgehabte Versammlung beschloß, die Unterhandlungen mit den Arbeitsherren weiter zu führen und den Beihnstundentag mit 10 pBt. Lohnerhöhung zu verlangen.

Gewerbegerichtliches.

Auf den großen Unterschied in der Rechtsprechung, der zwischen dem Gewerbegericht in Berlin und dem in Hamburg besteht, verwiesen wir schon in Nr. 4 des „Zimmerer“. Zur genaueren Information vergleiche man den dort angeführten Fall aus Hamburg mit dem hier folgenden aus Berlin, der am 21. Februar verhandelt wurde:

Gegen den Hoffsteintischmeister Schilling klagt der Steinbildhauer S. auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Seitens des Beklagten wird der Einwand erhoben, S. sei vom Polier Macher aufgefordert worden, weiter zu

arbeiten; Kläger stellt dies in Abrede. Die Beweis-erhebung ergab, daß die Entlassung desselben erfolgte, weil er angeblich zu schlechte Arbeit (Alford) geliefert hatte, und daß ihn der Polier bei der Entlassung in Gegenwart von 15—20 Lehrlingen beleidigt hat, indem er ihn einen „Schuffler“ nannte, der „Lumpenarbeit“ leistet usw. Nachträglich wendet der Beklagte noch gegen die Klage ein, die Kündigung sei ausgesprochen gewesen. Zum Beweise dessen legt er dem Gerichtshof ein großes Buch vor, aus dem allerdings hervorgeht, daß Kläger einmal durch Namensunterschrift sich mit dem Ausschluß der Kündigung einverstanden erklärt hat, daß dies aber nicht das letzte Mal war, als er beim Beklagten in Arbeit trat. Derselbe wurde verurtheilt, M. 62 64 zu zahlen. Das Urtheil wurde damit begründet, daß der Kündigungsausschluß nur auf das erste Arbeitsverhältniß Bezug haben konnte, da er erwiesenermaßen nicht beim Beginn oder während der Dauer des in Betracht kommenden neuen Arbeitsverhältnisses erneuert wurde. Ein gesetzlicher Grund zur Entlassung sei nicht vorgebracht worden. Was den Einwand betreffe, Kläger sei zum Weiterarbeiten aufgefordert, so habe der Gerichtshof angenommen, daß es dem Kläger nach der Auseinandersetzung mit dem Polier nicht zuzumuthen war, zu bleiben.

Bei der Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer in Charlottenburg, die am 19. Februar stattfand, siegte die von unserer Partei aufgestellte Liste der Arbeiterbeisitzer vollständig. Von den zu wählenden neun Arbeitgebern brachten die Sozialdemokraten ebenfalls sieben aus ihren Reihen durch; dabei ist auch ein Mitglied unseres Verbandes. Die gegnerische Presse schimpft über den Ausgang der Wahl wie ein Rohrspag, es hilft ihr aber alles nichts, die Sozialdemokraten bleiben oben.

Die Münchener Gewerbegerichts-Wahlen, bei denen bekanntlich auch in der Klasse der Arbeitgeber die sozialdemokratischen Kandidaten gesiegt hatten, waren, wie wir seinerzeit mitgetheilt haben, vom Münchener Magistrat angefochten und für ungültig erklärt worden. Der Rekurs der Arbeitgeber-Beisitzer an das Ministerium des Innern ist von diesem verworfen worden, so daß nun eine Neuwahl statzufinden hat. Begründet wird die Ungültigkeitserklärung damit, daß Wähler, die mit Stimmzetteln erschienen, die äußerlich durch starken Druck kenntlich waren, zurückgewiesen wurden. Bei allen beliebigen Nachzählungen verblieb, selbst alle beanstandeten Stimmzettel mitgerechnet, immer noch ein Mehr von 14 Stimmen für die sozialistischen Kandidaten; um so merkwürdiger muß der Entscheid erscheinen.

Zu Dresden siegten bei den am 16. v. M. stattgehabten Wahlen zum Gewerbegericht in der Klasse der Arbeitnehmer die sozialdemokratischen Kandidaten. Auch die zweite Liste ging durch, so daß auch die eventuellen Ersatzmänner von unserer Partei sein werden. Die Beteiligte war eine äußerst starke; die Hirsch-Dunderianer hatten auch einen Versuch gemacht, brachten es aber auf kaum 50 Stimmen.

Bei den Arbeitnehmer-Ersatzwahlen zum Gewerbegericht in Düsseldorf siegten die Sozialdemokraten.

Ein Gewerbegericht soll am 1. Juli auch in der Stadt Döbeln in Sachsen in's Leben gerufen werden.

Unungeschiedsgerichte. Die Leipziger Tischler- und Buchdrucker „meister“ richteten an den Magistrat das Erluchen, die Erlaubniß zur Errichtung eines Unungeschiedsgerichts zu ertheilen. Gegen diese Sondergelüste wenden sich die Leipziger Arbeiter mit großer Entschiedenheit. In einer am 19. Februar stattgehabten Versammlung wurde eine Protestresolution angenommen, die, mit zahlreichen Unterschriften versehen, an den Magistrat abgesandt werden soll.

Bermischtes.

Ein Beitrag zur weißen Sklaverei. Der „Verband zur Besserung der ländlichen Verhältnisse im Gebiete des Landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen u.“ verspricht nach seinem Titel, es mit der Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse recht ernst zu nehmen; seiner praktischen Thätigkeit nach scheint er jedoch die Verbesserung der ländlichen Gutsbesitzerverhältnisse im Auge zu haben, wie Folgendes beweisen mag.

Ein bisher nur bei städtischen Herrschaften in Stelle gewesenem Dienstmädchen in Thorn hatte zur Erlangung einer anderen ähnlichen Stelle sich an einen dortigen Gesindevermittler gewendet, der ihr auch eine solche als Zimmer- und Hausmädchen in Schönebeck in der Altmark beim Gutsbesitzer B. verschaffte. Der Gesindevermittler bemerkte jedoch, daß sie auf der neuen Stelle neben ihrer Arbeit als Haus- und Zimmermädchen auch Kühe melken müsse. Den darauf erfolgten Einwand des Mädchens, daß sie sich doch nicht zur Landarbeit und zum Kühemelken vermiehet, davon auch gar nichts verstehe, sondern sich als Hausmädchen vermiehet habe, beschwichtigte der Gesindevermittler dadurch, daß er ihr sagte, das Kühemelken würde sie dort sehr leicht erlernen und dasselbe solle sie auch nur „so nebenbei“ machen. Das Dienstmädchen beruhigte sich auch bei dieser Versicherung des Vermittlers und trat am 3. Januar 1894 ihren Dienst an. Sie wurde jedoch nicht als Hausmädchen beschäftigt, sondern als Landgesinde, indem sie sämtliche Hof- und

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Ein Streit der Textilarbeiter ist in Großenhain (Sachsen) ausgebrochen. Die Löhne, die jetzt nur M. 8 pro Woche für viele Arbeiter betragen, versuchte

Stallararbeit verrichten sollte. Da sie nun nicht melken konnte, so erklärte ihr der Herr Gutsbesitzer Becker, er würde sich auf ihre Kosten eine Melkfrau halten und die Ausgaben dafür von ihrem Lohne in Abzug bringen. Da nun das Dienstmädchen unfähig war, diese ihr übertragene Arbeit zu machen, so wollte sie den Dienst verlassen und hatte sich zu diesem Zweck von ihrer Schwester das Meisegeld senden lassen. Der Gutsherr B. nahm jedoch das Geld in Empfang und händigte dasselbe erst nachdem er 80 Pf. für veranlagte Gelder abgezogen hatte, dem Dienstmädchen aus. Da sich dieser Herr nun weigerte, das Mädchen ziehen zu lassen, so verließ dasselbe den Dienst. Der Gutsherr verklagte nun das Mädchen und dasselbe wurde auch zu M. 9 Geldstrafe oder drei Tage Haft verurtheilt. Den Lohn für die Zeit vom 1. bis 18. Januar sowie das Dienstbuch hatte der Gutsherr einbehalten.

Auf ein Schreiben an den Gutsherrn auf Herausgabe des Dienstbuches erfolgte nunmehr folgende Antwort:

Verband zur Besserung der ländl. Arbeiterverhältnisse etc.
Halle a. Saale, 1. Februar 1894.
Karlsstr. 16.

An die unberechtigten Martha Engwer, Berlin.
Auf Ihr an uns gerichtetes Schreiben vom 5. d. Mts. theilen wir Ihnen hierdurch mit, daß uns Herr Gutsbesitzer Becker Ihre Papiere übergeben hat, welche wir zu unseren Akten genommen haben.

Nach dem Gesetz ist Herr Becker nur erst dann verpflichtet, die betreffenden Papiere herauszugeben, wenn die Dauer des Miethsverhältnisses abgelaufen ist, also im vorliegenden Falle am 3. Januar nächsten Jahres.

Wir werden jedoch Herrn Becker zu bestimmen suchen, hiervon abzugehen und Ihnen durch uns die Papiere auszuhandigen, sobald Ihre Bestrafung wegen Kontraktbruches erfolgt ist.

Achtungsvoll
Verband
zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse im Gebiete des Landwirtschaftlichen Zentral-Vereins der Provinz Sachsen etc.
Der Vorstand.
J. A.: E. Jordan.

Wir glauben, daß dieses Antwortschreiben genügt, um vielen Landarbeitern, die sich bisher immer noch durch den blendenden Titel verleiten ließen, zu glauben, daß dieser Verein wirklich die Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse erstrebt, die Augen zu öffnen. Uns erscheint dieser Verein nur als der Sachwalter der Herren Gutsbesitzer, als eine Institution des Landwirtschaftlichen Zentralvereins der Provinz Sachsen, die dazu da ist, die Herren Landjunker und Rügenbarone gegen die „unbotmäßigen“ Arbeiter zu schützen.

Ein „Edelster der Nation“ erklärt in einem Wiener Blatte folgende Anzeige: „Heirathsantrag. Junger Staatsbeamter von elegantem Exterieur, Freiherr, in günstigen Vermögensverhältnissen, wünscht sich mit hübschem, 15jährigem Mädchen mit Fl. 30 000 zu vermählen. Für jedes weitere Lebensjahr wird um je Fl. 2000 mehr beansprucht. Adelige Familie bevorzugt. Anträge für „Baron K.“ besördert...“ — Oh! über diese Sozialdemokraten, die diese „Heiligkeit der Ehe“ abschaffen wollen.

Die Kalender-Feiertage der verschiedenen Nationen. Die Zahl der jährlichen kalendermäßigen Arbeitstage ist bei den verschiedenen Völkern sehr verschieden. Sie beträgt nach einer Zusammenstellung des „Zentralblattes für die Textilindustrie“ für das Innere von Rußland 267 Tage, während Kanada 270, Schottland 276, England 278, Portugal 283, Rußisch-Polen 288, Spanien 290, Desterreich und die Dniepropvinzen 295, Italien 298, Bayern, Belgien und Luxemburg 300, die sächsischen Herzogthümer 301, das Königreich Sachsen, Rußisch-Finnland und Frankreich 302, Württemberg, Schweiz, Dänemark und Norwegen 303, Schweden 304, Preußen und Irland 305, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 306 und Holland 308 jährliche offizielle Arbeitstage haben. Die meisten Arbeitstage, nämlich 312, finden wir in Ungarn. Wie man sieht, gestattet die Zahl der Kalenderfeiertage keinen Schluß auf Fleiß und Wohlstand eines Volkes, da England und Rußland die meisten, Holland und die Vereinigten Staaten nächst Ungarn die wenigsten haben. Es kommt eben darauf an, ob, was und wie an den als Arbeitstagen angeführten Tagen gearbeitet wird.

Eingekandt.

Anruf an die Zimmerer Süddeutschlands.
Laut Beschluß des süddeutschen Verbandstages zu Stuttgart findet der nächste süddeutsche Verbandstag am 13. und 14. Mai d. J. in München statt.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung der Delegirten durch das Agitationscomité am 13. Mai, Vormittags 10 1/2 Uhr. (Lokal wird später bekannt gegeben). 2. Wahl der Mandatsprüfungskommission. 3. Wahl des Bureaus zur Leitung des Verbandstages. 4. Aufstellung der Geschäftsordnung. 5. Geschäfts- und Kassenbericht vom Agitationscomité. 6. Vorlage des Tarifs zur Abschaffung der Akkordarbeit (vom Lokalverband München). 7. Berichte der Delegirten. 8. Erlebigung der eingelaufenen Anträge. 9. Diskussion über Organisation und Agitation. 10. Festsetzung des Vororts zur Abhaltung des nächsten Verbandstages. 11. Ver-

schiedenes. Wir ersuchen nun alle süddeutschen Lokalverbände und Fachvereine, in ihren Versammlungen Stellung zu obiger Tagesordnung zu nehmen und die Wahl der Delegirten so bald als möglich vorzunehmen. Den Lokalverbänden, welche der Kosten halber nicht in der Lage sind, einen Delegirten zu schicken, empfehlen wir, sich mit anderen Lokalverbänden in Verbindung zu setzen und gemeinsam einen Delegirten zu wählen. Ferner richten wir die dringende Bitte an alle Lokalverbände und Fachvereine in Süddeutschland, alle Gelder für verkaufte Marken, etwa gestellte Beiträge, sowie die Namen der Delegirten längstens bis 10. April d. J. an Unterzeichneten zu senden. Kameraden! Es ist endlich an der Zeit, thatkräftiger für unser gutes Recht einzutreten. Zeigen wir doch endlich, daß auch wir nicht müßig zusehen wollen, wie sich unsere Brüder im übrigen Deutschland abmühen, eine Organisation zu schaffen, die den Stürmen des Unternehmertums kräftigen Widerstand entgegenzusetzen im Stande ist. Darum schicke möglichst jeder Lokalverband und jeder Fachverein einen Delegirten, damit wir gemeinsam berathen können, welche Schritte zu thun sind, um die Zimmerer Süddeutschlands zu organisiren, damit auch diese in den Stand gesetzt werden, sich die Stellung zu erkämpfen, welche jedem Arbeiter gebührt. So lange wir keine organisirte Macht bilden, triumphirt das Progenthum über uns. Frisch auf also, Kameraden, agitiere Jeder für unsere Sache.
J. A.: P. Schilling,
Mittelstr. 112, 3 Etg., Neckargärten, Mannheim.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Berichtungs-Anzeiger.

Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona.** Jeden zweiten und letzten Mittwoch bei Narjes, Blumenstraße 41.
- Berlin.** Mittwoch, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Volk, Alte Jakobstraße 75.
- Böhm.** Jeden zweiten und letzten Sonntag in der „Germanihalle“.
- Braunschweig.** Jeden Donnerstag nach dem 1. im Monat bei Everling, Bühlenschlagern 40.
- Brinkum.** Jeden zweiten Sonntag, Nachm. 3 1/2 Uhr.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. bei Krause, Bismarckstr. 74.
- Celle.** Jeden Mittwoch nach dem 1.
- Cuxhaven.** Jeden zweiten und letzten Sonntag bei Wwe. Bier, in Altbüttel, Herberge.
- Danzig.** Jeden zweiten und vierten Dienstag im Berichtungs-Lokal, Breitegasse 42.
- Elmhorn.** Jeden zweiten Sonntag.
- Essen.** Zweiten und vierten Sonntag, Nachm. 4 Uhr, Restaurant Franzen, Brandstraße.
- Guben.** Mittwoch, den 7. März, öffentliche Versammlung in der „Reichshalle“, Abends 8 Uhr.
- Frankfurt a. M.** Donnerstags alle 14 Tage.
- Fürth.** Jeden zweiten Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, bei Bick, Wassergrasse.
- Glogau.** Jeden Dienstag nach dem Ersten bei Widner, Hinterdom.
- Hamburg.** Jeden 1. und 3. Dienstag bei Hübsch, Neustädter Neustraße.
- Halberstadt.** Dienstags alle 14 Tage in Bollmann's Lokal, Watenstraße 63.
- Harzberg.** Jeden ersten Dienstag bei Büschenhop, Bergstraße 7.
- Heidelberg.** Herberge und Berichtungslokal im Gasthaus „Zur Glocke“ an der Heiligengeistkirche.
- Jhehoe.** Jeden Mittwoch nach dem Ersten im Vereinslokal.
- Königsberg.** Jeden Montag nach dem Ersten, Abends 7 Uhr, auf der Herberge, Magisterstraße 45.
- Lehe-Oestermünde.** Jeden ersten Sonntag bei Mädger in Lehe.
- Loßstedt.** Jeden zweiten Donnerstag, 8 Uhr Abends, bei Schlüter.
- Ludwigshafen.** Jeden Sonnabend, 8 Uhr, bei Peter Schulz, Friesenheimerstraße 47.
- Lübeck.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15., Abends 8 Uhr, bei Sparmann, Hundestraße 102.
- Lüneburg.** Mittwoch, den 7. März, Abends, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung.
- Nathenow.** Jeden Sonnabend vor dem 15., Abends 8 Uhr.
- Nitzdorf.** Jeden zweiten Sonntag, bei Pasaranti, Ziegenstraße 63.
- Sangerhausen.** Montag nach dem 1., Abends 8 Uhr, bei Ab. Mann.
- Schwerin.** Jeden Dienstag nach dem 5.
- Wilhelmshaven.** Jeden zweiten Freitag, bei Heilmann, „Zur Wache“ (Bant).
- Wittenberge.** Jeden Mittwoch nach dem 1., Abends 8 Uhr, auf der Herberge.

Anzeigen.

Waarden.
Der Auszahler der Wander-Unterstützung, Joh. Dohse, wohnt jetzt: Norddeutschestraße Nr. 35.

Verband deutscher Zimmerleute.
Lokalverband Altona.
Den Mitgliedern machen wir die traurige Mittheilung, daß unser langjähriges Mitglied
Hermann Ziessau
am 20. Februar nach langem Leiden aus dem Leben geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
[M. 4,20]

Lokalverband Schwarzenbeck.
Sonntag, den 4. März, Nachmittags 5 Uhr, auf der Herberge:
Mitglieder-Versammlung.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder nothwendig.
Der Vorstand.
[M. —,90]

Verbandsmitglieder Dresdens.
Öffentliche Versammlung
Dienstag, den 6. März, Abends 8 Uhr, im Saale des Volkshilfsvereins, Schöffergasse 23, I.
Tagesordnung:
1. Die französische Revolution und die heutige bürgerliche Gesellschaft. Referent: Genosse Drunsel.
2. Berbandsangelegenheiten.
Zu jedem Punkt Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Der Vertrauensmann.
[M. 1,50]

- Berkehrslödale, Herbergen usw.**
- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer
- W. Pippel, Markussstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, W., Kulsstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Berkehrslödal bei Joh. Bez, Eppertwiete 8.
- Breslau.** Berkehrslödal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerer.
- Zentralherberge** „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung. Berkehrslödal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause, Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Berkehrslödal (Privatlödal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Herberge und Berkehrslödal befindet sich im „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzstraße 3. Dorselbst ist auch jeden Sonnabend Kassenabend für Verbandsmitglieder. An- und Abmeldungen werden nur dort oder in der Wohnung des Unterzeichneten entgegen genommen. Hermann Jährig, Tiefstr. 6, IV.
- Jehl's Restaurant, Mittelstr. 6. Jeden Sonnabend Zahlabend der Zentralkrankenkasse und des Verbandes, sowie Aufnahme neuer Mitglieder.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslödal, sowie Zentralherberge.
- Hamburg.** Zentralherberge: Bick (vormals Diehl), große Rosenstraße 37.
- Hamburg - Elmshötel.** Fr. Lemde, Berkehrslödal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Silbeck.** D. Niemeier, Wandsbeker Chaussee Nr. 155, Haus 3, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Warmbeck.** Berkehrslödal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbstraße.
- Hannover.** Versammlungslödal bei Bolte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingst, Ballhofstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslödal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Büschenhop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslödal: H. Wrage, Volkshalle.
- Leipzig.** Berkehrslödal und Arbeitsnachweis bei Winter, Restauration, Universitätsstr. 6. Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7. Herberge H. Fleischergasse, J. Neubauer's Restaurant.
- Lübeck.** Berkehrslödal: Fr. Spahemann, Hundestr. 101. Arb.-Nachw.: W. Hornmann, Schlumacherstr. 5/16.
- Spandau.** Zimmererherberge und Berkehrslödal bei R. Schulz, Adamsstraße 9.
- Stettin.** Berkehrslödal, Logirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Garrath, Bogislavstr. 22.
- Stuttgart.** Berkehrslödal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18. Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsq“, Hirsqstraße 14.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.